

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6400
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheinung wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Sendungsgeld)
2 Mk. — Postzeitungskarte Nr. 3164

Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1910. (III. Schluß.) — Massen und Führer. — Die Hamburger Arbeiterausschüsse (II.) — Zur Bewegung der Münchener Schulhauspuereien. — Die Bewegung der Schreiber der Berliner Revierinspektionen um Anerkennung als Handlungsgehilfen. — Volkswirtschaft und Gewerkschaften. — Wo bleibt die preussische Wahlrechtsreform? — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Die anderen.

Rückblick auf das Jahr 1910.

III.

(Schluß.)

Das Jahr 1910 hat in den grundlegenden gesellschaftlichen Fragen für unsere Organisation keinen Wandel geschaffen. Noch immer ist die Zuständigkeit der Gewerbeordnung hart umstritten. Aus diesem Grunde reichte der Vorstand im März eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat ein mit der bündigen und billigen Forderung, alle Gemeindebetriebe der Gewerbeordnung zu unterstellen, gleichviel, ob sie als gewinnbringend oder als Wohlfahrtsanstalten angesehen werden. Bis jetzt ist darüber noch nicht entschieden worden. Es ist überhaupt noch nicht ausgemacht, ob die neue Gewerbeordnungsnovelle noch vom alten Reichstag erledigt wird.

Die drohende Verschlechterung im neuen Strafgesetzbuch ist gleichfalls auf die lange Bank geschoben, was wir gewiß nicht zu beklagen haben. War doch im § 184 des Vorentwurfs ein regelrechtes Streikverbot für Licht- und Wasserwerke enthalten. Wohl sind wir bereits so stark, daß das Gesetz uns kaum irgendwelchen Abtrag tun kann in bezug auf unsere Organisation. Ob aber die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dadurch nicht doch erheblich erschwert würde, ist eine andere Frage. Die deutschen Stadtverwaltungen sind leider in vielen Fällen von geradezu verblüffender Einfichtungslosigkeit. Wenn da die letzten und schärfsten Mittel des Streiks nicht im Hintergrunde ständen, würde die unbegrenzte Ausbeutungsfreiheit noch stärker ihre ungehinderten Triumphe feiern. Haben wir es doch besonders häufig im letzten Jahr erleben müssen, daß einzelne Stadtverwaltungen sich ganz ungeniert als Streikbrecherlieferanten betätigten und noch mehr sich betätigen würden, wenn die Arbeiter (wie in Dresden, Köln usw.) die Rolle solcher zweifelhaften Elemente nicht energisch abgelehnt hätten.

Die zweite internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe, die vom 4. bis 6. September 1910 in Kopenhagen tagte, hat leider in vieler Beziehung enttäuscht. Wer das Protokoll zur Hand nimmt und außer den

rein geschäftlichen Erörterungen wesentliche Anregungen über die angekündigten Tagesordnungspunkte „Koalitions- und Streikrecht“ oder „Unsere Forderungen“ erwartet, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß entweder mangelhafte Vorbereitung oder die berühmte Kongressmüdigkeit Schuld an dem wenig befriedigenden Verlauf dieser Konferenz sind. Es wird also in Zukunft zu erwägen sein, ob die Konferenz nicht besser vor dem Internationalen Arbeiterkongress abgehalten wird. Vielleicht waren unsere Erwartungen nach dem prächtigen Verlauf der Stuttgarter Konferenz auch etwas zu hoch gespannt. Immerhin bleibt erfreulich, daß sich im neuen Jahr 1911 endlich auch die französische Bruderorganisation unserer Internationale angeschlossen hat.

Immer mehr zeigt sich in unserem Verbands, daß die Agitation den örtlichen Verhältnissen in jeder Beziehung Rechnung tragen muß. Außer allgemeinen Flugblättern, wovon kürzlich circa 80 000 herauskamen, beschränkt sich die Zentrale in der Hauptsache auf Beschaffung von statistischem und sonstigem Material. Hier konnte den zahlreichen Anforderungen kaum nachgekommen werden. Andererseits haben wir erfreulicherweise auch so manchen Gausleiter, der sich das benötigte Material selber zusammenträgt. Die ersten größeren statistischen Zusammenstellungen über Arbeitszeit und Löhne der Gemeindearbeiter sind kürzlich erschienen und wenn auf diesem Gebiete noch viel zu wünschen übrig bleibt, so soll man auch bedenken, daß nicht alles auf einmal nach Wunsch und Willen durchgeführt werden kann. Jedenfalls wird, sobald die chronische Beamtennot einmal bei uns schwindet, das statistische Ressort bei uns noch bedeutend ausgebaut werden müssen.

Die „Gewerkschaft“ hat im verflossenen Jahre nach Möglichkeit versucht, der wachsenden Bedeutung unserer Organisation nach innen wie außen gerecht zu werden. Sie war und ist das geistige Band, das die Mitglieder agitatorisch, informatorisch und erzieherisch allwöchentlich zu beeinflussen sucht. Die „Gewerkschaft“ spricht gegenwärtig zu 43 000 Lesern, und es wäre dringend zu wünschen, daß ein jeder Kollege sie aufmerksam liest, dann wird uns die Agitation nicht unwesentlich erleichtert. Die Berichterstattung durch die Gausleiter und sonstigen Funktionäre ist — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — regelmäßig, zuverlässig und vielgestaltig. Häufig bereitete die Fülle des eingelangten Materials der Redaktion nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Ueber zwei für uns siegreiche Prozesse haben wir bereits in Nr. 16 des Jahrgangs 1910 berichtet. Wiederholt wurden auch geplante Prozesse gegen einzelne Mitarbeiter infolge des drohenden Wahrheitsbeweises zurückgezogen. ... Wie schon angekündigt, soll die politische und genossenschaftliche regelmäßige Berichterstattung ausgedehnt und in der neuen Rubrik „Aus Politik und Volkswirtschaft“ gebracht werden. Hervorragende Mitarbeiter sind dafür gesichert.

Nicht ganz so erfreulich sieht es mit der „Sanitätswarte“ oder richtiger mit der Agitation beim Seil- und Pilegepersonal aus, wo der nach dem Verbandstage einsetzende Agitationseifer bedenklich erlahmt ist. Nur Berlin und Bayern machen eine rühmliche Ausnahme. Wir wollen hoffen, daß die zeitweilige Erschlaffung in der Agitation im neuen Jahr auch in den übrigen Gauen weicht und die nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten für diese Sektion überwunden werden.

Daß die gegnerischen Verbände bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern noch viel weniger zur Geltung kommen als in anderen Organisationen, ist ein erfreuliches Zeichen des gesunden Sinnes unserer Kollegen. Die Zersplitterer sind aber auch durchgängig zu spät aufgestanden. Was wir in jahrelanger, mühseliger Agitationsarbeit aufgebaut und erreicht haben, ist so imponant, daß die ganze gegnerische Leistung sich demgegenüber ausnimmt wie etwa der Leipziger Scherbelberg zum Montblanc. Der „christliche“ Allertweltsverband hat noch eine Weile an der Ruß zu knagen, die ihm der biedere Wolf zwischen die Zähne geschoben hat und der auch „christliche“ Streiter „organisiert“ das Pilegepersonal rauf und runter, bis — die Kollegen erkennen: sie gehören in eine moderne, freie Organisation mit gewerkschaftlichen Prinzipien, Zielen und Leistungen. Die wiederholten Massenübertritte im Jahre 1910 zu uns beweisen, daß die „christliche“ Reisetreterei, Streikfurcht und Devotion keinen dauernden Anhang findet. Langsamer wird es gehen mit der Aufklärung bei den „Standes“- und Anstaltsvereinen. Beide Gruppen finden noch immer Gefallen an leichtester Vereinsmeierei.

Auch die „Hirsche“ sind im verflochtenen Jahr über ihre paar Straßenreinigergruppen nicht hinausgekommen. Es müßte ja auch mit dem Teufel zugehen, wenn die Kollegen im zwanzigsten Jahrhundert nicht sehen lernten, wie wenig von dieser verknöcherten Gewerkschaftsgruppe zu erwarten ist. Das Haupt der Hirsche, der famose Goldschmidt, hat sich wiederholt bemüht, den Unfähigkeitsnachweis beizubringen und — besonders im Berliner Stadtparlament — mit gutem Erfolge. Zu allem Ueberfluß hat er noch in letzter Zeit im „Berliner Tageblatt“ gegen das Streikrecht der Eisenbahner polemisiert. Da kann nur noch Eunuchen und Diebedienern der Platz im Lager der „Hirsche“ richtig erscheinen. Daß der „Ortsverein Berliner Straßenreiniger“ (die Haupttruppe der Hirsche) sich als Vorjüngenden den Vorarbeiter S a a g e r im neuen Jahr zugelegt hat, erfüllt uns mit Freude. Denn, wie wir den Mann kennen, ist er sehr wohl in der Lage, den Verein erneut in Grund und Boden zu wirtschaften. Mögen endlich die Berliner Straßenreiniger die Augen aufstun, so kann es ihnen nicht schwer fallen, herauszufinden, wo er ihre Interessen einzig und allein energisch wahrnimmt.

Ganz frei von der gelben Senke sind wir noch immer nicht, und es bleibt nur zu hoffen, daß im neuen Jahre diese Pier- und Protegierypflanzen einiger kurzfristiger Stadtverwaltungen auch weiterhin mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden durch den energischen Willen unserer Kollegen.

Ueberhaupt erwarten wir auch fernerhin, daß das mannhafteste Auftreten der Mitglieder unseres Verbandes dazu beiträgt, unser Ansehen bei den Stadtverwaltungen weiter zu heben. Wir wollen uns nach Kräften bemühen, den billigen Anforderungen der Vorgesetzten sowie des Betriebes in jeder Beziehung gerecht zu werden, aber wir dürfen dafür auch anständige, menschliche Behandlung und Achtung vor unserer Persönlichkeit fordern. Mit der stetig wachsenden Bedeutung unseres Verbandes wächst auch die moralische Verantwortlichkeit. Tessen muß sich insbesondere jeder Funktionär bewußt bleiben. Um so unnachlässlicher werden wir auch bei etwaigen Uebergriffen von Vorgesetzten usw. vorgehen können.

Wir haben uns mancherlei von der Seele geredet und unsere Epistel ist länger geworden als geplant. Möge nun im neuen Jahr die Zahl derjenigen, die sich mit Eifer und unter Hintanziehung ihrer Person der Organisationsarbeit widmen, wiederum erheblich zunehmen. Unser Verband ist nicht allein auf die bezahlten oder ehrenamtlichen Funktionäre gestellt, sondern die nie erlahmende Kleinagitation von Mund zu Mund und — wenn es sein muß — von Haus zu Haus gibt erst die rechte Resonanz für unser Wirken.

Wir leben im Zeitalter rapider technischer Fortschritte, die leicht den einzelnen Arbeiter von seiner Arbeitsstätte verdrängen und ihn in immer größere Unsicherheit versetzen.

Wir leben aber auch im Zeitalter starker Organisationen und wachsender Aufklärung. Durch unseren Zusammenschluß wollen wir die größere Sicherheit wieder herbeiführen, wir wollen unsere Rechte nach Kräften erweitern. Wir wollen nicht nur für uns und unsere Kinder bessere Zustände herbeiführen, sondern der Kampf der modernen Arbeiter geht um alle Güter der Kultur, um Recht und Freiheit!

Von dieser hohen Warte aus gesehen, verrichtet unsere Gewerkschaft eine Leistung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, und es muß jeden mit stolzer Freude erfüllen, in diesem Sinne ein Kulturträger und Kulturbringer zu sein.

Allen pflichteifrigen Kollegen aber rufen wir die Worte Goethes zu:

Im neuen Jahre Glück und Heil
Auf Weg und Bunden gute Salbe!
Auf groben Aß ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalb!

Massen und Führer.

In Nr. 15 der „Neuen Zeit“ veröffentlicht A. v. Elm folgenden beachtenswerten Artikel:

Anlässlich einer Reihe von Disziplinbrüchen und lokalen Absplittierungsversuchen in den Gewerkschaften ist in jüngster Zeit wiederholt die Frage erörtert worden, wie es möglich ist, in Zukunft solche für die gesamte Arbeiterbewegung schädliche Vorkommnisse zu vermeiden. Auf der einen Seite wird den „Führern“, das heißt den Vorständen der Gewerkschaften, auf der anderen Seite einem zu geringen Verständnis der Massen für die so absolut notwendige gewerkschaftliche Disziplin die Schuld dafür zugeschrieben. Die Frage, wie Abhilfe zu schaffen ist, wird bei der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse immer brennender werden.

Die Periode, wo die wirtschaftlichen Kämpfe auf lokale Gebiete beschränkt blieben, ist für viele Gewerkschaften vorbei. Den großen Zentralverbänden der Arbeiter stehen die großen Zentralorganisationen der Kapitalisten gegenüber. Wenn auch auf seiten der letzteren die Interessensolidarität bisher eine einheitliche war, wie uns die Kämpfe im Baugewerbe und in der Wertindustrie gezeigt haben, so dürften wohl nur wenige leitende Gewerkschaftsbeamte sich der Illusion hingeben, daß die jetzt noch vorhandenen Mängel in der Geschlossenheit der Arbeitgeberverbände nicht beseitigt werden können. Die Hoffnung, durch eine über einen ganzen Distrikt oder über das ganze Reich ausgebreitete Aussperrung von Arbeitern die Wirksamkeit ihrer Zentralorganisation lähmen zu können, ist von den Kapitalisten durchaus nicht aufgegeben und wird sie immer wieder dazu treiben, ihre Organisationen weiter auszubauen. Ist die allgemeine Geschäftslage eine günstige, wird der Profitgier der einzelnen Kapitalistengruppen ihrem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen sich allerdings noch wiederholt hindernd in den Weg stellen, beginnt jedoch die Konjunktur abzusinken, wird die Kampfesfreudigkeit, weil materielle Verluste nur in geringem Maße zu befürchten und durch die bestehenden Streikverhinderungsgesellschaften zu decken sind, auf seiten der Kapitalisten wieder wachsen. Sich darüber zu täuschen, wäre ein unübergehblicher Mangel an Logik. Die Schwierigkeiten, die sich den Leitern der Kapitalistenverbände entgegenstellen, um ihre Truppen zu einem brutalen Gewaltstoß gegen die Zentralverbände der Gewerkschaften zu veranlassen, sind jedenfalls weit geringer, als sie es für die Leiter der Gewerkschaften sind, die Massen der in Betracht kommenden Arbeiter gegenüber diesen Unterdrückungsversuchen von der Notwendigkeit der richtigen Kampfeskampftaktik zu überzeugen. Das in jüngster Zeit vielfach erörterte „demokratische Misstrauen gegen die Führer“ kann in solchen Momenten geradezu unheilvolle Folgen zeitigen.

Die Organisatoren großer Aussperrungen haben es verhältnismäßig leicht; die Zahl der Kapitalisten ist eine geringe; in Zusammenkünften hinter verschlossenen Türen sie zu einer einheitlichen Kampfstärke zu bestimmen, ist kein großes Kunststück. Wenn wirklich eine Reihe der kleinen Fabrikanten sich gegen die Brutalität der Schanzmacher etwas sperren sollte, so hat das nicht viel zu bedeuten. Die Gesamtzahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter ist gegenüber denen der großen Betriebe eine minimale, außerdem befinden sich in der Regel die Handwerker und Kleinfabrikanten in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis von den Großindustriellen, daß sie — kommt es zum Kampfe — wohl oder übel mitmachen müssen.

Das Mitbestimmungsrecht der kleinen Fabrikanten in den Arbeitgeberorganisationen ist ein sehr beschränktes, in ihnen gilt nicht der demokratische Grundsatz: „eine Person, eine Stimme“, entscheidend bei Abstimmungen ist entweder die Zahl der beschäftigten Arbeiter oder die nach der Gesamtlohnsumme bemessene Höhe der Beiträge. Die die Großen preisen, müssen die Kleinen tanzen. In diesen antidemokratischen, kapitalmonopolistischen Organisationen der Ton für die zu machende Zukunftsmusik anzugeben, bedarf keiner großen Dirigentenkunst.

Geradezu entgegengesetzt liegen heute die Verhältnisse in den Arbeiterverbänden; ohne das Mitwirken der Massen sind große wirtschaftliche Kämpfe gegen das Kapital unmöglich. Große Massenversammlungen aber zur Geheimhaltung der gefassten Beschlüsse verpflichtet zu wollen, wäre sinnlos. Verhandlungen, welche vor Tausenden gepflogen werden, sind nicht geheim zu halten; die kapitalistischen Gegner können sich jederzeit mit Leichtigkeit darüber unterrichten. Das ist für sie ein Vorteil, für die kämpfenden Arbeiter ein großer Nachteil.

In einem Kriege dem Feinde seine Pläne offen darzulegen, ist alles andere — nur keine Strategie. Die Verhältnisse haben deshalb die Gewerkschaften geradezu gezwungen, die Entscheidung in letzter Instanz einer kleinen Zahl von Personen, in der Regel den Zentralvorständen, zu übertragen. Diese und die lokalen Funktionäre der Gewerkschaften, die statutarisch die Beschlüsse der Zentralvorstände auszuführen haben, kommen nun ganz naturgemäß in die Lage, recht häufig, wie man sagt, „bremsen“ zu müssen. Die Streikenden fassen in der Regel die Situation optimistisch auf. Zahlreiche Beispiele liegen sich dafür anführen, daß die Streikenden, selbst dann noch, wenn für jeden unbefangenen Beobachter die Ausichtslosigkeit weiteren Kampfs ohne Zweifel feinstand, an den baldigen Sieg glaubten. Nicht immer gelingt es, die Kampfsenden zu überzeugen, daß ein weiteres Ausbarren im Kampfe ihre Position nur verschlechtern kann, sie eventuell zur Annahme minimaler Zugeständnisse zu bewegen. Differenzen mit den „Führern“, wie nun einmal in Arbeiterkreisen die durch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrem Amte erwählten Gewerkschaftsfunktionäre genannt werden, sind dann unausbleiblich, das „demokratische Misstrauen“ braucht in solchen Situationen gar nicht besonders gepredigt zu werden, es wächst aus der erbitterten Stimmung der Arbeiter, aus ihren nicht erfüllten Hoffnungen von selbst heraus. Es gibt wohl keinen Gewerkschaftsleiter, der unter solchen Umständen entweder aus Unkenntnis oder aus Demagogie von einzelnen nicht schon des Verrats der Arbeiterinteressen beschuldigt worden wäre. Nun wird es wohl keinem vernünftigen Menschen einfallen, die „Führer“ zu Päpsten stempeln zu wollen, auch sie können sich über die Situation täuschen. Daß aber die Möglichkeit eines Trugschlusses seitens der Streikenden in ihrer durch den Kampf leidenschaftlich erregten Stimmung eine weit größere ist als bei den an der Spitze einer Organisation stehenden, der Gesamtheit der Mitglieder verantwortlichen Vertrauenspersonen, dürfte jeder objektive Urteilende ohne weiteres anerkennen.

Bei mehreren Konflikten zwischen Zentralvorstand und Streikenden haben diese, trotzdem die Statuten ausdrücklich das Gegenteil bestimmten, entschieden verlangt, daß ihnen ganz allein die Entscheidung über Beginn und Beendigung von Streiks zustehen müsse. Begründet wurde dies in der Regel mit den „Grundsätzen der Demokratie“. Das ist grundfalsch. Lokale Kämpfe ohne Inanspruchnahme der Mittel des Gesamtverbandes zu führen, ist fast immer ein Ding der Unmöglichkeit; aus jedem lokalen Kampfe kann sich ein Kampf für alle Mitglieder oder einen großen Teil derselben entwickeln. Deshalb muß entweder der Gesamtheit oder deren beauftragten Vertretern die Entscheidung auch bei lokalen Differenzen mit den Kapitalisten zustehen. Beginn und Beendigung eines Kampfes durch eine Abstimmung der Mitglieder des gesamten Verbandes bestimmen lassen zu wollen, hat sich noch in keiner gewerkschaftlichen Organisation bewährt. Soll die Gesamtheit ein richtiges Urteil fällen, müßte sie über alle in Betracht kommenden Verhältnisse unterrichtet werden: über die wirtschaftliche Situation im allgemeinen — unter Umständen sogar über die Verhältnisse auf dem Weltmarkt, über die Verhältnisse am Orte oder in der betreffenden Fabrik, über die Finanzen der Organisation, über die von den Arbeitgebern getroffenen oder eventuell eingeleiteten Maßnahmen, über deren Organisationsverhältnisse und noch vieles andere mehr.

Eine solche Mariage der Dinge vor aller Öffentlichkeit wäre geradezu Wahnsinn; im Moment eines bevorstehenden Kampfes oder im Kampfe selbst die Massen zum „Generalissimus“

ernennen, würde nichts weiter als eine unverantwortliche Schädigung ihrer eigenen Interessen bedeuten. Das Referendum, was immer es eingeführt wurde, ob in England oder in Deutschland, hat sich in gewerkschaftlichen Organisationen für Entscheidungen über Kämpfe noch nirgends bewährt; ja — es kann hinzugefügt werden, daß es in England für den inneren Ausbau der Gewerkschaften mehr hindernd als fördernd gewesen ist und deshalb von den Gewerkschaftsmitgliedern selbst in den meisten Verbänden ausgegeben wurde. Es ist doch auch eine durchaus falsche Auffassung von dem Wesen der Demokratie, daß über das, was alle angeht, auch von allen direkt und selbst entschieden werden müsse. Den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht es vielmehr, seinen Willen durch von ihm erwählte Vertreter zum Ausdruck zu bringen.

Die Frage, ob bei wirtschaftlichen Kämpfen das Referendum oder das Repräsentativsystem das richtige ist, dürfte, davon sind wir überzeugt, in den Gewerkschaften von der Mehrheit der Mitglieder, sobald erst einmal die Erörterung dieser Frage in ruhige Bahnen gelenkt ist, bestimmt zugunsten des Repräsentativsystems entschieden werden, nur über die Frage der zweckentsprechenden Gestaltung desselben werden in jeder Gewerkschaft von Zeit zu Zeit immer erneut Erörterungen stattfinden. Namentlich in den großen Industrieverbänden wird man dieser Frage in nächster Zeit seine volle Aufmerksamkeit widmen müssen.

Es ist erklärlich, daß ein großer Teil der Mitglieder eine kleine Beamtenschaft, die weit entfernt von den Ereignissen ihre Entscheidungen trifft, nicht als den richtigen Ausdruck der Demokratie erachtet. Die vielleicht alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung kann immer nur zu den schon getroffenen Entscheidungen Stellung nehmen, sie kann sie billigen oder verurteilen, an der Sache selbst kann sie nichts mehr ändern. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder durch ihre Vertreter ist ein äußerst beschränktes; die Generalversammlung kann die Beamten absetzen und durch andere ersetzen; auf die Entscheidungen der neuen Beamten hat die Generalversammlung genau so wenig Einfluß, wie sie auf die früheren hatte.

Der einzige Weg, den Mitgliedern der Organisation ein wirkliches Mitbestimmungsrecht zu sichern, ist der, eine ständige Vertreterversammlung zu schaffen, die der Vorstand verpflichtet ist, zu allen wichtigen Entscheidungen zusammenzuberufen.

Die Wahl der Delegierten zu dieser ständigen Vertreterversammlung müßte jährlich stattfinden; für jeden Delegierten müßte gleichzeitig ein Ersatzmann gewählt werden. Dieser Vertreterkörper müßte in erster Linie alle Rechte, die bisher der Generalversammlung zustanden, übertragen werden: Wahl sämtlicher leitenden Beamten und einer Kontrollkommission, Bestimmung der Beamtengehälter und Änderungen des Statuts. Selbst in normalen Zeiten müßte die Vertreterversammlung mindestens einmal im Jahre zusammenberufen werden, um die regelmäßigen Geschäfte zu erledigen. Der Vorstand müßte aber statutarisch verpflichtet werden, die Vertreterversammlung sofort zu berufen, sobald es sich um die Entscheidung über Kämpfe größeren Umfanges handelt. Die Praxis würde bald von selbst ergeben, unter welchen Umständen die Einberufung der Vertreterversammlung erforderlich ist.

Ein Anfang in dieser Richtung ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bereits gemacht. Sämtliche Bauarbeiterorganisationen hatten für die Dauer der letzten Bauarbeiteraussperrung ihre Generalversammlungen in Permanenz erklärt. Die endgültige Entscheidung über das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde nicht von den Vorständen der Zentralverbände, sondern von den Vertretern der Bauarbeiter getroffen.

Es ist selbstverständlich, daß solche Verhandlungen keine öffentlichen sein können; jeder an ihnen Beteiligte wird es aber als seine moralische Pflicht erachten, selbst wenn er mit seiner Meinung in der Minderheit geblieben ist, für die Durchführung der gefassten Beschlüsse bei seinen Kollegen im Lande mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Eine je größere Zahl von Gruppen die einzelnen Industrieverbände umfassen, desto mehr werden auch die verschiedenen Interessen dieser einzelnen Gruppen sich geltend machen. In selbst in einem Verband, in dem nur die Angehörigen eines einzigen Gewerbes organisiert sind, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd, Ost und West, zwischen Groß- und Kleinstädten so verschieden, daß es eine ungemein schwierige Aufgabe ist, hier den richtigen Ausgleich zu schaffen.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über allgemeine Tarife werden selbstverständlich immer nur durch eine beschränkte Anzahl von Personen geführt werden können; selbst bei umfänglicher Kenntnis der Verhältnisse wird es aber auch für diese keine leichte Aufgabe sein, in allen Fällen das richtige zu treffen.

Die Grundlage für solche Verhandlungen muß durch die objektive Darstellung der Verhältnisse von den Vertretern der Arbeiter aus allen Distrikten des Reiches gegeben werden, die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Resultats der Verhandlungen muß in den Händen dieser Vertreter liegen.

Daß eine Abstimmung das allernachteiligste Mittel ist, über allgemeine Reichstarife zu entscheiden, lehrt die Abstimmung über den allgemeinen Tarif für das Walergewerbe. Trotz Annahme desselben durch die Mehrheit der Mitglieder lobten die

Flammen der Empörung und der Zwietsacht hell auf und wurde in dieser Stimmung in Hamburg die Gründung einer Gegenorganisation beschlossen.

Bei einer allgemeinen Vertreterversammlung ist die Möglichkeit, durch ruhige Abwägung aller Argumente für und gegen die Durchführung einer Forderung schließlich doch eine Übereinstimmung zu erzielen, weit größer als bei einer Abstimmung, bei welcher öffentlich doch nicht alles gesagt werden kann, was zu sagen notwendig ist; durch Massenentscheidungen ein alle befriedigendes Resultat bei den naturgemäß unendlich verschiedentlich gelagerten Interessen der Individuen oder Gruppen von Individuen zu finden, ist so unmöglich wie die „Quadratur des Kreises“.

Nur durch den Ausbau des Repräsentativsystems in den Gewerkschaften wird es möglich sein, die so notwendige Einigkeit und Geschlossenheit bei wirtschaftlichen Kämpfen zu schaffen; die großen Verbände sollten die Kosten, die dadurch verursacht werden, nicht scheuen; die Kosten, die entstehen können durch die Disziplinlosigkeit eines größeren oder geringeren Teils der Mitglieder werden bestimmt weit höher sein als die einer ständigen Vertreterversammlung.

Außerdem dürfte das Interesse an den Verhandlungen einer ständigen Vertreterversammlung durch die fortgesetzte Berichterstattung der Vertreter bald aller Orte in den Mitgliederkreisen ein äußerst lebhaftes werden; die Fluktuation in den großen Verbänden, das Ein- und Ausreten ganzer Scharen von Arbeitern beweist, daß der Gewerkschaftsgedanke bei großen Massen von Arbeitern noch nicht zu Fleisch und Blut geworden ist. Wir müssen die Massen zur Mitarbeit erziehen — nicht durch Zwangsmassnahmen, die dazu das allerungeeignetste Mittel sind, sondern indem wir ihr Interesse an dem Ausbau und der Stärkung der Organisation durch eine fortgesetzte Verbindung zwischen Massen und Führern, durch unausgesetzte Belehrung über die Wirksamkeit der Organisation wachzurufen suchen.

Dann dürfte endlich wohl einmal auch das Verstehe, daß die Führer die Fühlung mit den Massen verloren haben, aufhören. Auch wir anerkennen das „demokratische Mißtrauen“ als notwendig und nützlich, soweit es sich auf die Auswahl der Tüchtigsten und Weisen zu den Vertrauensstellungen in den Gewerkschaften und die unablässige Kontrolle derselben durch die dazu benannten Organe bezieht. Nicht „Instrumente des Himmels“ oder außerhalb der Masse stehende höhere Instanzen sollen unsere Führer sein, sondern durch das Vertrauen der Masse Ausgewählte, mit ihr in ständiger Fühlung lebende Organisatoren. Im Kampfe aber Vertrauen gegen Vertrauen; Führer, die nicht das Vertrauen der Masse besitzen, können keinen Kampf erfolgreich zu Ende führen. Die Massen müssen dazu erzogen werden, sich im Kampfe den Beschlüssen der von ihnen selbst erwählten Vertrauenspersonen unterzuordnen; eine Armee, die keine einheitliche Kampfstatistik befolgt, wird, anstatt zu siegen, Niederlage auf Niederlage erleiden.

Sklavischer Anechtssinn, Kadavergehörigkeit sind doch wohl etwas anderes als die auf die Eingabe an die Sache der Arbeit gegründete, freiwillige Disziplin der Massen — diese Disziplin ist eine Waffe, die die Kämpfer selber von vornherein mit Siegeszuversicht erfüllt. Was war denn bisher der größte Schaden der Gegner des aufwärtsstrebenden Proletariats? — Der auf ständiger Aufklärung der Massen basierende felsenfeste Glaube an die unantastbare Ehre und Treue derjenigen, denen sie selber die Leitung übertragen hatten.

Wenngleich für unsere Organisation die Situation insofern wesentlich anders gelagert ist, als unsere Lohnbewegungen usw. wohl ausschließlich lokaler Natur bleiben, wie auch etwaige Aussparungen (z. B. in Kiel) sich nur auf einen Ort beschränken können, sind die Vorschläge, ganz allgemein betrachtet, doch nicht von der Hand zu weisen. Ob freilich ein Verzicht (wie ihn z. B. die Steinfelder bereits haben), für die gewollte Absicht nicht auch genügt, ist eine andere Frage. Jedenfalls kann es nicht schaden, wenn die große Verantwortlichkeit, die gegenwärtig auf den Schultern weniger Personen liegt, auf einen größeren Kreis verteilt wird. Ganz besonders dürfte dies bei den großen Industrieverbänden erforderlich sein. Der diesjährige Gewerkschaftskongress wird wohl auf dieser Frage präzisere Stellung nehmen müssen.

Die Redaktion.

Die Hamburger Arbeiterausschüsse.

II.

In der Eingabe an den Senat ist beantragt, das Klassenwahlrecht zu beseitigen, die Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse als Vertretung der Arbeiterschaft zu erweitern, zu Vorständen der Arbeiterausschüsse Mitglieder der Deputationen zu bestellen und direkte Verhandlungen mit den Deputationen zuzulassen. Und diese Reformen sind äußerst notwendig.

Bevor wir nun in kurzen Ausführungen zu den einzelnen Anträgen näher Stellung nehmen, wollen wir gleich bemerken: eine Abänderung der Satzungen muß erfolgen! Einige Bestimmungen derselben sind absolut unhaltbar, ja mehr: sie haben noch nie ge-

halten werden können! Und zwar waren es die Behörden, die fortgesetzt die Satzungen übertreten, sie übertreten mußten! Ein anderer Teil der Satzungen hat in der Praxis genau das Gegenteil von dem bewirkt, was seine Fäter gewollt haben. Und noch ein anderer Teil der Satzungen ist überhaupt wirkungslos geblieben. Unsere „Satzungen“ haben nämlich einen Fehler: Sie sind eine Abschrift der Vorschriften für die Arbeiterausschüsse Kruppischer Werke, und eben deshalb sind sie für uns nicht zu gebrauchen. Bei uns sind die Menschen und Dinge von anderer Art und sie werden nicht dadurch verändert, daß man sie durch die Brille der Kruppischen Verbände betrachtet. Wenn nun aber denn doch einmal eine Neuordnung vorgenommen werden muß, sollte gleich im ganzen etwas Vernünftiges und Zweckmäßiges geschaffen werden.

Die Beseitigung des Klassenwahlrechts erstreben wir prinzipiell. In der Praxis liegt aber bei uns die Sache so: Von dem Klassenwahlrecht haben wir als Verband keinen Schaden und die Behörden haben keinen Nutzen davon. Beides liegt aber zweifellos als Zweck zugrunde. Man hat sich die Sache so gedacht: dadurch, daß die bis zu 8 Jahren beschäftigten Arbeiter die eine (und zwar kleinere) Hälfte und die über 8 Jahre beschäftigten Arbeiter die andere Hälfte der Ausschussmitglieder wählen, schaffen und sichern wir den dienstälteren Arbeitern den größeren Einfluß, und da der Verband seinen größeren Anhang unter den dienstjüngeren Arbeitern hat, entziehen wir den Ausschüß und dadurch schließlich die Arbeiter in ihrer Allgemeinheit dem Einfluß des Verbandes. Der Verband büßt seine Macht ein, der Arbeiterausschüß ist „vernünftig“, die Arbeiter sind „zufrieden“ und wir sind wieder „human“. Diese Spekulation hatte schon 1907 ein großes Loch und seitdem ist es immer noch größer geworden. Wir haben die Intelligenz und die physische Kraft der Staatsarbeiter für uns. Ob alt oder jung — wer Arbeiterehre fühlt und wer seine Arbeit versteht und sie tut, der strebt nach Verbesserung seiner Lage und ist deshalb organisiert! Am 1. Januar 1908 waren wir 4245 Mitglieder und am 1. Januar 1911 waren es 5450. Deshalb macht uns das Klassenwahlrecht seiner Wirkung nach keine Sorge. Es ist eben insofern gänzlich unwirksam. Aber es wirkt schädlich auf die Arbeiter. Die Arbeiter sagen: was soll nun so ein Kumpis? Ist es nicht einfacher und verständlicher, wenn wir alle zusammen wählen? Unsere Behörden müssen aber doch auch bei jeder Gelegenheit mit uns umherstößen. Und deshalb also, aus Gründen der Ruhe und Ordnung, wollen die Arbeiterausschüsse die Beseitigung des Klassenwahlrechts.

Große Unzufriedenheiten sind wiederholt dadurch entstanden, daß ganze Kategorien der Arbeiterschaft von der Vertretung durch Arbeiterausschüsse ausgeschlossen sind. Es heißt in der Eingabe:

„Eine andere wesentliche Frage ist die: sollen Arbeiterinnen und das weibliche Personal der Wäde-, Kranken- und Jernanstalten, ebenso auch das gesamte Wäde- und Pflegerpersonal vom Arbeiterausschüß vertreten werden oder nicht? Hierher gehört auch die Frage nach der Wahlberechtigung des weiblichen Personals sowie des gesamten Wäde- und Pflegerpersonals. Das Krankenhauskollegium hat unter Berufung auf den Wortlaut der Satzungen die eben bezeichneten Kategorien vom Wahlrecht sowie auch von der Vertretung durch den Arbeiterausschüß ausgeschlossen. Das wird in den beteiligten Kreisen allgemein als eine Ungerechtigkeit empfunden. Den Ausschüssen wurde auf ihre Vorstellungen erklärt, daß der Wortlaut der Satzungen vom Senat festgelegt worden sei und die einzelnen Behörden bzw. Verwaltungen wären nicht in der Lage, in irgend einem Punkte davon abzuweichen. Eine Änderung der Satzungen unterliege der Beschlussfassung des Senats.“

Deshalb muß in den Satzungen ausdrücklich ausgesprochen werden, daß auch Arbeiterinnen sowie sonstige gegen Lohn beschäftigte Bedienstete — unbekümmert um Geschlecht und um die Art der Lohnzahlung — ihre Angelegenheiten durch die Arbeiterausschüsse vertreten lassen bzw. sich an der Wahl der Ausschüsse aktiv und passiv beteiligen können.“

Wir möchten noch hinzufügen, daß es unter gewissen Umständen überhaupt technisch unmöglich ist, daß der Arbeiterausschüß die Arbeiterinnen nicht vertreten soll. Der Arbeiterausschüß der Krankenhäuser und Jernanstalten vertritt z. B. einen Teil der Arbeiterinnen dieser Anstalten immer bloß, trotzdem es ihm formell beitrifft wird. Und wie hängt die Sache zusammen? Auf Grund der Art der Beschäftigung der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeitszeit und die Löhne beider Teile nach gleichen Grundsätzen behandelt werden. Sollen im allgemeinen Veränderungen vorgenommen werden, kann es nur für beide Teile zugleich geschehen. In den Wädeanstalten liegt es genau so. Als hier kürzlich den Wärdern die Arbeitszeit um vier Stunden pro Woche verkürzt wurde, mußte es auch für die

Bärterinnen geschehen. Und so liegt es betriebsstechnisch in fast allen derartigen Fällen. In der Tat werden also diese Arbeiterinnen vertreten durch die Arbeiterausschüsse. Nur wählen oder gewählt werden dürfen sie nicht. Dies wirkt aber hässlich und verkehrt. Die Ordnung erfordert für alle Teile der Arbeiterschaft grundsätzlich gleiches Recht!

Es wird ferner beantragt, daß die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse bürgerliche Mitglieder der Behörden sein sollen. Gegenwärtig werden Beamte dazu bestellt. Bei dieser Praxis entstehen aber Unstimmigkeiten. Die Arbeiterschaft glaubt, daß aus den Sitzungen der Arbeiterausschüsse zu wenig an die Behörden gelangt. Der Geschäftsgang ist so: die Ausschüsse halten unter dem Vorsitz der Beamten Sitzungen ab, die Verhandlungen werden protokolliert, die Protokolle gehen an die Behörden, und dadurch sind dann die Behörden über die Anträge und Wünsche der Arbeiterausschüsse unterrichtet. Dieser „Verkehr“ der Behörden mit den Arbeiterausschüssen läßt natürlich viel zu wünschen übrig. Zunächst eins: Was ist ein Protokoll? Was und wieviel muß es über die Verhandlungen enthalten? Darüber kann man so oft verschiedener Meinung sein, wie ein Protokoll angefertigt wird. Die Arbeiterausschüsse haben nun ein großes Interesse daran, daß die Protokolle die Verhandlungen möglichst ausführlich wiedergeben. Wie es aber bisher in der Beziehung bestellt war, zeigen folgende Beispiele: Die Schlachthofdeputation stellt ihrem Arbeiterausschuß überhaupt keinen Protokollführer! Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Direktor Dr. Neumann, schreibt selber das Protokoll. Aber was für eins? In höchstens 50 Wörtern hat er eine ein- bis zweifelhafte Verhandlung zusammengefaßt. Ja, je wichtiger und umfangreicher die Tagesordnung ist und je interessierter von allen Seiten darüber gesprochen wird, je weniger „protokolliert“ Herr Dr. Neumann. Das liegt ja dann auch in der Natur der Sache. Denn wenn er disputiert, kann er nicht schreiben. Aber die Interessen der Arbeiterschaft kommen dabei zu kurz! Nicht viel besser sieht es am Staatslai aus. Dieser Arbeiterausschuß hat allerdings einen Protokollführer. Aber die Protokolle sind in ihren einzelnen Abschnitten von lakonischer Kürze und haben ferner den Mangel, daß sie nie ein Wort von den Ausführungen der Arbeitervertreter wiedergeben. Es wird immer nur der einzelne Gegenstand der Tagesordnung bezeichnet und daran anschließend bemerkt, was der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Direktor Winter, dazu gesagt hat. Eine solche schriftliche Fassung der Verhandlungen ist kein Protokoll! In diesem Falle versieht ein solches „Protokoll“ seinen eigentlichen Zweck. Denn die Behörde soll doch erfahren, was der Arbeiterausschuß zu sagen hat. Was Herr Winter der Behörde mitzuteilen hat, kann er ihr auf andere Weise kund tun. Allein dies sind offensichtliche Mängel. Unzulänglich bleibt diese Art des Verkehrs zwischen den Behörden und den Arbeiterausschüssen auch dann noch, wenn die Protokolle an sich diese Bezeichnung verdienen, also allen berechtigten Anforderungen genügen. Was da in den Protokollen, geschrieben von irgendeinem den Verhandlungen an sich gleichgültig gegenüberstehenden Angestellten, zu lesen steht, sind tote Worte, die auf niemand Eindruck machen.

Nun wird man vielleicht einwenden: Na, die Behörden werden aber doch wohl die Arbeiterausschussvorsitzenden zur Berichtserstattung heranziehen, wenn auch nur, um die Protokolle zu ergänzen. Das geschieht allerdings an einigen Stellen auch. Die Arbeiter haben aber samt und sonders kein Vertrauen zu dieser Art der Verhandlung ihrer Angelegenheiten. Und dieses Misstrauen ist in neun von zehn Fällen berechtigt. Denn aus den Berichten der Arbeiterausschüsse ist bekannt, daß die Mehrzahl der Vorsitzenden sich für ihre Person und als Vertreter der Behörden in den meisten Fällen von vornherein gegen alle von den Arbeitervertretern gestellten Anträge auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen erklären, insbesondere wenn es sich dabei um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne handelt. Die Vorsitzenden fühlen sich eben als Arbeitgeber. Sie werden also in den Deputationsitzungen gewiß nicht das mitteilen, was die Arbeiter an überzeugenden Beweisen für die Berechtigung ihrer Anträge vorbrachten. Aber noch eins: Die Vorsitzenden sind Beamte und die Deputationen sind ihre vorgesetzten Behörden. Den Beamten ist natürlich auch bekannt, daß die Behörden meistens nur ungern an Arbeiterangelegenheiten herantreten. Kommen die Arbeiter mit Anträgen, deren Durchführung Geld kosten wird, sind die Behörden umgelenkt. Werden die Vorsitzenden solche Forderungen der Arbeiter nun trotzdem so vor den Behörden vertreten, wie es ihnen gegenüber die Arbeiter in den Sitzungen getan haben? Nein, und zwar deshalb nicht, weil sie glauben werden, daß man sie für „rot“ ansieht.

Aber auch die Beamten würden jedenfalls froh sein, wenn sie

von diesem „Dienst“ befreit wären. Es ereignete sich einmal folgendes: In einer Sitzung sprach der Vorsitzende mit aller Entschiedenheit gegen einen zur Verhandlung stehenden Antrag. Die Arbeitervertreter aber glaubten von ihrer entgegengesetzten Meinung nicht ablassen zu können, und sie beschloßen, den Antrag an die Deputation zu richten. Das brachte den Vorsitzenden so in Aufregung, daß er aufsprang, mit der Faust auf den Tisch schlug und die Arbeitervertreter anherrschte, unter solchen Umständen könne er nicht weiter mit ihnen verhandeln. Die Arbeiter schwiegen. Nachdem der Vorsitzende sich nach einer Weile etwas beruhigt und er nun die Verhandlungen wieder aufnehmen wollte, erbat ein Arbeitervertreter das Wort und erklärte in ruhigen, aber bestimmten Worten, er glaube in Uebereinstimmung seiner Kollegen zu handeln, wenn er gegen das Austreten des Herrn Vorsitzenden entschieden Vertwahrung einlege und er behalte sich vor, dagegen geschäftsordnungsmäßig Anträge zu stellen. Der Vorsitzende meinte, wer mit ihm nicht zufrieden sei, möge sich beschweren. Nun wurde die Verhandlung wieder aufgenommen und in Ruhe die Tagesordnung erledigt. Nach Schluß der Sitzung rief dann der Vorsitzende den Sprecher des Ausschusses zu sich und entschuldigte sich formlos. Was sollte er auch anders tun? Nach Lage der Umstände blieb ihm nur übrig: entweder sich mit den Arbeitervertretern auseinanderzusetzen oder sich von seiner vorgesetzten Behörde rektifizieren zu lassen. Das eine mag ihm aber so unangenehm gewesen sein wie das andere. Ähnliche Beispiele könnten wir noch mehr aufzählen. Wir halten es aber wirklich für keinen glücklichen Zustand, daß leitende Beamte in solche Vagen gebracht werden. Deshalb sollten den Beamten die Posten als Vorsitzende der Arbeiterausschüsse abgenommen werden. Das Verhältnis in den Betriebskrankenkassen ist ohne Frage für alle Beteiligten das bessere, daß nämlich ein nichtbeamtetes Mitglied der Behörde als Vorsitzender fungiert. Diese Herren brauchen nach unten keine Vorgesetztenmiene zu machen und nach oben sind sie unbefangen; durch sie wäre aber auch die direkte Verbindung mit den Deputationen hergestellt und manche Angelegenheiten würden sich viel schneller als jetzt erledigen lassen. Zur Auskunfts-erleichterung in betriebsstechnischen Fragen könnten den Sitzungen regelmäßig Subalternebeamte beiwohnen. Diese Lösung der Frage würde schließlich alle befriedigen.

Der wichtigste Antrag der Eingabe ist aber der, daß die Arbeiterausschüsse mit den Deputationen direkt sollen verhandeln können. Dies ist zwar durch die Satzungen nicht verboten, es ist aber auch nicht vorgesehen. Die Behörden gehen aber, wie bereits bemerkt, keinen Schritt weiter, als es die Satzungen ihnen auferlegen, und vor allem in der fraglichen Hinsicht wollen sie von einem Entgegenkommen nichts hören. Das ist sowohl im Interesse der Arbeiterschaft wie des Staates zu bedauern und deshalb müssen die Satzungen entsprechend geändert werden.

Der angesprochene Standpunkt der Behörden hat freilich nicht in jedem Falle gehalten werden können. Mehrere Male haben Deputationen mit den Arbeiterausschüssen an einem Tische verhandeln müssen. So noch die Baudeputation während der letzten Straßenreinigerbewegung. Hätten solche Verhandlungen nicht stattgefunden, wären wir von großen Streiks nicht verschont geblieben. Solche Situationen können auch zukünftig wieder eintreten. Und wenn dann schließlich die Deputationen doch in Verhandlungen willigen, werden sie als geschlagen angesehen. Das liegt aber nicht in ihrem Interesse. Ganz anders liegt die Sache, wenn in den Satzungen in irgendeiner Form direkte Verhandlungen mit den Deputationen vorgesehen sind. Dann handelt es sich um legitimes Recht und niemand wird darin eine Beeinträchtigung des Ansehens und der Autorität der Behörden erblicken.

Nur soll aber noch ausdrücklich hervorgehoben werden: die Arbeiterausschüsse beantragen nicht, daß ihnen ein Mitbestimmungsrecht in Arbeiterangelegenheiten eingeräumt werden soll, sie verlangen nur, daß sie von den Deputationen gehört werden. Es kommt auch den Arbeiterausschüssen nicht darauf an, daß die Deputationen als geschlossene Körperschaften mit ihnen zusammen-treten, es genügt ihnen, wenn die Deputationen sich durch ihre Mitglieder kommissarisch vertreten lassen in solchen Sitzungen mit den Arbeiterausschüssen.

Die Anträge der Arbeiterausschüsse lassen erkennen, daß die letzteren ernstlich und ehrlich bestrebt sind, die Beziehungen der Behörden zu den Arbeiterausschüssen und damit zu der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit noch weiter so zu gestalten, daß sich möglicherweise alle hierher gehörigen Angelegenheiten durch Verständigung erledigen lassen. Die Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter wird im Interesse unseres Gemeinwefens grundsätzlich von denselben Gesichtspunkten aus über die Eingabe der Arbeiterausschüsse verhandeln.

Zur Bewegung der Münchener Schulhausputzerinnen.

Seit einigen Jahren wird in München der Schulhausreinigung erhöhtes Augenmerk zugewendet. Früher erfolgte die Reinigung nur einmal wöchentlich, welche Einteilung erfreulicherweise der täglichen Reinigung weichen mußte. Leider hat der Magistrat die Reinigung an private Reinigungsanstalten vergeben, anstatt diese in eigener Regie vorzunehmen.

Unser Verband griff schon im Jahre 1907 ein und machte die Absicht der in Betracht kommenden Firmen, pro Arbeitsstunde 15 bis 20 Pf. zu zahlen, zunichte. Die mit den derzeit in Betracht kommenden Firmen vereinbarten Tarife sind abgelaufen. Auf eine neue Tarifvorlage übte sich Herr Geyer, der Inhaber einer dieser Firmen, in der „Kogelkrautpolitik“, indem er allen Regeln zuwider es nicht einmal der Mühe wert fand, zu antworten. Vor das Einigungsamt zitiert, gebrauchte er alle möglichen Ausflüchte. Doch dem, was dem Gehege seiner Fühne entfloß, war deutlich genug zu entnehmen, daß er mit seinen Puffrauen allein sein wolle, um eben dann die geplante Verschlechterung durchzuführen. Er wollte nämlich an Stelle des bisherigen Monatsgehältes einen Stundenlohn von 26 Pf. setzen. In einem Flugblatt setzte die Verbandsleitung den Frauen die Sachlage auseinander und in der darauf folgenden Versammlung vom 2. Januar wurde von den anwesenden Puffrauen bei geheimer Abstimmung mit 97 Proz. beschlossen, in den Streit zu treten resp. um die Zustimmung beim Verbandsvorstande nachzusuchen.

Damit war die Firma in die Zwidmühle geraten; denn auch beim Magistrat konnte sie nicht auf recht viel Rücksicht rechnen, weil sie eben durch die Beigerung am Einigungsamte, in Verhandlungen zu treten, die Situation selbst heraufbeschworen hatte. Doch glaubte die Firma immer noch, die 130 Frauen zum Umfall bewegen zu können. Sie schickte am 12. Januar die Kontrolleure aus, die den Frauen einen Brief vorlasen, der ihnen für später Versprechungen machte und zugleich die 14tägige Kündigung enthielt. Mit letzterer glaubte man die plötzliche Arbeitsniederlegung vereiteln zu können.

Aber wie der Teufel sein „Gespinnst“ hat, mußten die Herren schon, nachdem sie die ersten Schulen besucht hatten, erleben, daß die Frauen nicht unterschrieben. Sie meinten in der Mehrzahl, daß eben bisher der Verband die Verträge abgeschlossen habe und so werde es eben zweckmäßigerweise auch zukünftig sein. Bei den meisten dieser Frauen hallen alle schönen Worte und Lockungen nichts; ja selbst die schließliche Aufforderung, am Abend oder anderen Morgen die Invalidentkarte usw. im Bureau abzugeben, konnte viele Frauen nicht einschüchtern. „Es war eben ein Wind durch die Schulen gegangen.“ Freilich ließen sich auch in mehreren Schulen die Frauen überdölpeln. Die Herren zeigten nämlich Unterschriften vor, um damit Unsiherheit herbeizurufen. Diese Unterschriften waren aber nachweislich nur fingiert, und Herr Geyer darf von Glück sagen, daß ihn die Organisation wegen dieses Delictes nun nachträglich laufen läßt. Denn das wäre ein teurer Spaß geworden.

Zu der Zeit, als sich Geyer und seine Kontrolleure noch um die Unterschriften bemühten, war vor der Firma selbst bereits der Streikposten aufgezogen, welchen Dienst für den folgenden Tag an Stelle der Puffrauen die Arbeitslosen der Filiale München besorgten. Tiefbekümmert und niedergeschlagen schlich Herr Geyer an diesem Abend nach Hause. Er hatte ja wirklich nicht die Absicht, die Frauen, welche die Unterschrift verweigert hatten, zu entlassen. Das sollte vorerst nur ein Schreckschuß sein, und schließlich glaubte er in seinem Bureau die Widerspenstigen fette zu machen.

Aber die seine Rechnung hatte ein Loch. Eben derselbe Herr Geyer, der vor ein paar Stunden noch dem Schulreferenten im Magistrat, Rechtsrat Dörburger, auf dessen Vermittlungsversuch hin erklärte: „er garantierte, daß es nicht zum Streit kommt“, eben dieser Geyer hatte den Streit selbst in die Wege geleitet. Der Verband hatte gar nichts zu tun, als die am Bureau zur „Entlassung“ ankommenden Frauen ins Streiklokal zu dirigieren. Somit konnte Herr Geyer an niemandem seine Belehrungsversuche ansetzen und andererseits hatte er einen Teil seiner Schulen „durch eigene Verordnung“ ohne Puffrauen gesetzt. Und wie der Himmel bekanntlich immer zu den „Roten“ hält, so sandte er auch an diesem Tage ein geradezu infernalisches Schmutzwetter.

Zwischen hatten fleißige Hände den zur Unterschrift verheilten Frauen ein Schriftstück übermittelt, das ihnen auseinander setzte, daß die solchermaßen von ihnen erpreßten Unterschriften ungültig seien. Zugleich wurden sie für den gleichen Abend zu einer Versammlung eingeladen, in der ihnen über die rechtliche Bedeutung eben dieser Unterschrift Aufklärung erteilt werden und

die offizielle Streikproklamation erfolgen sollte. Die „Münchener Post“ brachte eine Notiz, daß über die Firma bereits die Sperre verhängt sei.

Die Organisation hatte nochmals das Einigungsamt angerufen, welches auf nachmittag 3 Uhr Termin ansetzte. Wer sich etwas auf Seelenkunde versteht, merkte Herrn Geyer sogleich an, daß der „Bann des Trostes“ gebrochen sei. Er hatte keinerlei Bedenken mehr gegen die Verhandlung mit unserem Verbande, mit dem er nach seinen vor 24 Stunden gehaltenen Reden „überhaupt nichts mehr zu tun haben wollte“. Bei der so gelagerten Situation war natürlich an Verschlechterungen nicht zu denken. Vielmehr mußte die Firma nach langem Verhandeln Zugeständnisse machen, und zwar:

1. Die Tagesfrauen erhalten 2 Mk. Zulage pro Monat. (Die Löhne schwanken nun zwischen 57 bis 62 Mk., je nach der Größe der Schule.)
2. Die Halbtagsfrauen in der Schule am Elisabethenplatz und an der Gabelbergerstraße erhalten anstatt 35 Mk. monatlich nun 47 Mk.
3. Die übrigen Halbtagsfrauen anstatt 31 Mk. nun 33 Mk. pro Monat.
4. Für Wochenfeiertage darf nichts mehr abgezogen werden. (Bisher wurden die nichtgesetzlichen Feiertage, an denen nicht gearbeitet wird, abgezogen.)
5. Die Frauen brauchen nicht die höchstzulässige Arbeitszeit von bis zu 10 bzw. 5 Stunden dazubleiben. Wenn sie mit ihrer Arbeit fertig sind, dürfen sie ohne weiteres das Schulhaus verlassen. (Bei schönem Wetter und nach der großen Reinigung geht es oft mit 2-3 Stunden ab.)
6. Bei der Reinigung zu Weihnacht, Ostern und den großen Ferien wird ein Stundenlohn von 26 Pf. (auch für die Tagesfrauen) gezahlt.
7. Ueberstunden werden mit 26 Pf. Arbeit am Sonn- und Feiertagen mit 26 Proz. Zuschlag bezahlt.
8. Mitglieder unseres Verbandes werden bei Einstellungen bevorzugt, wie überhaupt die Firma die Organisation anerkennt und den beschäftigten Frauen wegen der Zugehörigkeit nichts in den Weg legen darf.
9. Maßregelungen aus Anlaß der gegenwärtigen Bewegung dürfen nicht stattfinden.
10. Ergeben sich aus dem — bis 31. Dezember 1913 laufenden — Tarif Differenzen, so entscheidet endgültig das Einigungsamt.

Somit haben also die Frauen bei der Firma Geyer einen schönen Sieg errungen, und glänzend ist der seitens der Firma improvisierte Ueberfall verbandseitig pariert worden. Kögen die Frauen daraus die Lehre ziehen, auch zukünftig treu zur Organisation zu halten, dann kann es nicht schief gehen.

Wenn nun die Schulhausputzerinnen wollen, so wird auch die zweite Firma — Schmidt —, die mit List einen großen Teil der Frauen aus der Organisation herauslockte, recht bald daran glauben müssen. Auch dort eine größere Verbesserung durchzuführen wird das lebhafteste Bestreben der Verbandsleitung sein.

A. Gehald.

Die Bewegung der Schreiber der Berliner Revierinspektionen um Anerkennung als Handlungsgehilfen.

Zu Anfang des vorigen Jahres wurde durch eine von uns einberufene Versammlung für alle Schreiber der Revierinspektionen die Bewegung um Anerkennung als Handlungsgehilfen eingeleitet. Bereits vordem waren einige unserer Kollegen bemüht gewesen, entsprechendes Material herbeizuschaffen. Nachdem von uns einwandfreies Material gesammelt worden war, konnte an die Lösung der schwierigen Frage gedacht werden.

Zunächst war die Frage: Sind die städtischen Gaswerke zu Berlin als Handelsgewerbe im Sinne des Handelsgesetzbuches zu betrachten?

Zweitens: Ist die Beschäftigung der Revierschreiber als eine kaufmännische Tätigkeit im Sinne des Gesetzes anzusehen?

Durch das Material wie auch durch Mißsprache mit unserem juristischen Beirat wurde zweifelsfrei festgestellt, daß die städtischen Gaswerke als Handelsgewerbe gemäß § 1 des Handelsgesetzbuches zu betrachten sind. Durch einen Kommentar zum § 36 wurde unsere Auffassung gleichfalls unterstützt. Durch Urteile von Kaufmannsgerichten ergab sich, daß als Handlungsgehilfen in zweifelhaften Fällen derjenige anzusehen ist, der vorwiegend kaufmännische Tätigkeit ausübt. Die Tätigkeit der Schreiber ist infolge der Spruchpraxis der Kaufmannsgerichte klargelegt.

Nachdem nun in der obigen Versammlung die ganze Materie behandelt worden war, mußte darauf geachtet werden, daß mit dem Vorgehen auch diejenigen Schreiber, welche der „Vereinigung“ angehörten, gleichfalls einverstanden waren. In einer späteren gemeinsamen Versammlung wurden beide Leitungen beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Anerkennung als Handlungsgehilfen und die sich daraus ergebenden Rechte durchzusetzen. Die diesbezügliche Eingabe nebst Begründung wurde von uns ausgearbeitet.

Nach der Uebermittlung an die Direktion waren Monate ins Land gegangen, ohne daß sich etwas rührte. Hier mußte wiederum von unserer Seite durch eine Notiz nachgeholfen werden, worauf ein mündlicher Bescheid herauskam, daß der Eingabe entsprochen wird. Ein Termin jedoch war nicht angegeben. Daß sich die Sache in die Länge zog, ist verständlich geworden, denn inzwischen wurden seitens der Verwaltung hinter dem Rücken der Schreiber von der Polizei Fühungsakten eingefordert. Dadurch erfolgten alsdann wegen Vorstrafen einige Kündigungen, jedoch war es möglich, durch Einleitung von Verhandlungen mehrere Kündigungen rückgängig zu machen. Selbst sei hier, daß bürgerliche Stadtverordnete, an die man sich wandt, veragten.

Am 1. Januar d. J. ist nun die Regelung des Anstellungsverhältnisses endgültig vollzogen. Zunächst werden die neu einzustellenden Schreiber auf einen Monat zur Probe angenommen. Falls die einmonatige Probezeit zur Beurteilung der Fähigkeit nicht ausreicht, so kann man nach Ablauf der angegebenen Zeit auf eine bestimmte weitere Zeit angenommen werden. Wenn die betreffende Person den an einen Schreiber zu stellenden Anforderungen voll und ganz genügt, wird alsdann mit derselben die für die fernere Beschäftigungsweise erforderliche Aufnahmeverhandlung vollzogen.

Die weiteren Anstellungsbedingungen sind folgende:

Die Weiterbeschäftigung erfolgt wie bisher im Wege des Privatdienstvertrages. Es besteht weder die Absicht noch nach den bestehenden Vorschriften die Möglichkeit, ihm eine Beamtenstellung zu gewähren oder auch nur in Aussicht zu stellen. Als Vergütung werden . . . Mk. monatlich gewährt, die am Schlusse jeden Monats gezahlt werden. In Krankheitsfällen und in solchen Fällen, in denen Herr . . . ohne sein Verschulden an der Dienstleistung behindert ist, wird die Vergütung höchstens auf die Dauer eines Monats, vom Eintritt der Behinderung ab gerechnet, gezahlt. Die vorgeschriebenen Dienststunden müssen pünktlich innegehalten und auf Erfordern auch über diese hinaus gearbeitet werden. Die Vergütung etwa geistlicher Ueberstunden erfolgt nach dem von der Deputation der städtischen Gaswerke aufgestellten Tarif. Die Auflösung des Dienstverhältnisses erfolgt nach einer beiden Teilen zustehenden einmonatigen Kündigung, die aber nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig ist. Die Bestimmungen der Arbeitsordnung für die in den Revierinspektionen beschäftigten Personen sollen sinngemäß auch auf Herrn . . . Anwendung finden, der im übrigen verpflichtet ist, in Berlin zu wohnen.

Die anderen.

Unter den menschlichen Unvollkommenheiten, die der modernen Arbeiterbewegung hindernd oder doch hemmend im Wege stehen, ragt besonders eine Eigenschaft hervor, die wir auch im gewöhnlichen Leben bei Klein und Groß beobachten können. Wir meinen die Neigung, sich selbst reinzuwaschen und andere anzulagen. Wenn irgendwie oder irgendwo Unzulänglichkeiten, Zwistigkeiten, Mängel, Schwächen sich bemerkbar machen, wer ist schuld? Der andere oder die anderen. Wenn zwei Staaten sich in die Haare geraten und ihre gepanzerten Flüsse gegeneinander losgehen, wer gab die Ursache zum Krieg? Der andere. An welchem Teile liegt's, wenn zwei Ehegatten sich nicht vertragen? Am andern. Schon bei den Kleinen ist so: wenn Kinder im Spiel eine Fensterscheibe einwerfen, wer tat's? Die anderen.

Und so könnte man unzählige Beispiele anführen, die alle dasselbe erhärten: das liebe Ich ist unschuldig. Ich beabsichtige das Beste; ich bin beinahe ein Engel; ich bin stets unschuldig. Aber die anderen — diese Vandalen!

Niemand, der sich mit dieser, wie gesagt, recht verbreiteten Neigung einmal nachdenklich beschäftigt hat, wird leugnen können, daß wir es hier mit der Quelle zahlreicher Uebel zu tun haben. Befähigen wir etwas mehr Selbsterkenntnis, Selbstkritik und den dazugehörigen Mut, begangene Fehler einzusehen, wir würden zweifellos manchen langwierigen oder gar unheilbaren Zwist schon in der Wurzel töten, würden manchem unvermeidlichen Streit den giftigen Stachel entziehen.

Die Gehaltsätze sind wie folgt festgesetzt:

Eingewort	1. Schreiber	2. Schreiber	3. Schreiber
Anfangs	105 M.	120 M.	132 M.
Nach 2 Jahren	110 „	132 „	150 „
„ 4 „	117 „	139 „	155 „
„ 6 „	124 „	143 „	159 „
„ 8 „	130 „	147 „	163 „
„ 10 „	136 „	152 „	165 „
„ 12 „	—	156 „	171 „

Somit ist die Bewegung zugunsten der Schreiber im Grundsatz verlaufen. Die Verwaltung konnte sich den maßgebenden Gründen auch gar nicht entgegenstellen. Trotzdem hat die Verwaltung nur das Mindeste zugestanden.

Aufgabe der gesamten Schreiber muß es sein, die Rechte, die sich aus diesem Vertrage ergeben, zu wahren, schließlich auch die vollen Rechte des Handelsgesetzes zur Geltung zu bringen und vor allen Dingen die Gehaltsverhältnisse zu verbessern, die in keiner Weise eine Erhöhung erfahren haben. Der vordem bestehende Stundenlohn resp. Wochenlohn ist nur umgerechnet worden.

Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen kann aber nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation erfolgen, nicht durch eine Vereinigung, die zum Zweck die Pflege der Geselligkeit und zudem minimale Unterstützungen in Krankheit und Sterbefällen hat. Wollten doch einzelne Mitglieder dieser „Vereinigung“ den Erfolg auf ihr Konto schreiben. Es sei aber hier richtiggestellt, daß, nachdem die Sache von uns in Fluß gebracht worden ist, diese wenigen Herren der „Vereinigung“ nur mitgegangen sind. Zur Steuer der Wahrheit sei auch festgestellt, daß man vom Seiten der „Vereinigung“ vom dem Besuche unserer Versammlungen abgeraten hat. Ja, man ging sogar so weit, daß man dem Vertreter unserer Organisation bei einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der „Vereinigung“, wo auch Nichtmitglieder Zutritt hatten, die Anwesenheit nicht gestattete. Diese Versammlung beschäftigte sich mit der Auflösung der alten und Neugründung einer anderen Vereinigung. Zumindestens die Möglichkeit erforderte es, einen Vertreter der Organisation, der sie den Erfolg verdanken, bei einer so schwerwiegenden Frage einer Neugründung eines Vereins zuzulassen. Durch ihre Vereinsmeierei sind sie nicht vorwärts gekommen. Das scheinen sie auch selbst einzusehen. Beweis: die Auflösung des alten Vereins! Der Erfolg und auf der anderen Seite die noch zurzeit bestehenden Gehaltsverhältnisse gegenüber der wirtschaftlichen Teuerung sollten allen eine Lehre, eine Mahnung sein, um unserer Organisation beizutreten. Der Name, den unsere Organisation führt, kann jedenfalls als hindernd nicht angesehen werden, zudem kann sehr wohl . . . und Unterangelegten“ hinzugefügt werden. Außer-

Der Arbeiterbewegung insbesondere wäre aufs Beste gedient, wenn die persönliche Diskontinuität sich auf die Fälle beschränkte, wo es gilt, dem natürlichen Gegner entgegenzutreten, d. h. den Feinden der Bewegung.

Aber dies Kapitel soll und heute nicht beschäftigen, sondern ein anderes, das ebenfalls hierhergehört.

Wenn die Arbeiterklasse in ihren Organisationen und sonstigen Nachmitteln noch nicht den Einfluß, noch nicht die Gewalt besitzt, die ihr vom Recht wegen zukommen; wenn sie auf Rechte verzichten muß, die ihr zwar theoretisch zugesichert, aber in der Praxis bestritten werden; wenn ihre Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen nicht immer mit einem vollen Erfolg enden, so liegt zweifellos in den meisten Fällen die Schuld bei den Indifferenten, bei den Gleichgültigen, die sich entweder passiv verhalten oder gar ihren eigenen Arbeitsgenossen Anspitzel zwischen die Beine werfen. Entweder sie erwarten überhaupt keine Verbesserung der Umstände, unter denen sie leben, und dulden ihren Lebensweg von der Wiege bis zur Bahre in dämmeriger Gedankenlosigkeit dahin, ohne einen eigentlichen Zweck ihres Daseins zu erkennen, ohne jeden Inhalt, der sie über die Misere des Alltags zeitweilig erhebe — oder sie geben sich der stillen Hoffnung hin: die anderen werden's schon machen! Die „anderen“, das sind hier die, die mit Einsatz aller Kräfte eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen herbeizuführen suchen, die, welche erkannt haben, daß es ohne Fleiß keinen Preis gibt, daß man säen muß, um zu ernten, und daß die Zeiten endgültig vorüber sind, wo das sättigende Manna vom Himmel schneite. Die „anderen ändern“ aber begnügen sich in ihrer schlauen Bescheidenheit damit, ihre Hand nur dann zu rühren, wenn es gilt, die Früchte einzusacken, die die Gewerkschaften errungen haben.

dem besteht innerhalb unserer Filiale eine Sektion der Revier-schreiber, wodurch sie ihre Interessen wahrnehmen können, was ja durch die ganze Bewegung der Vereinis erbracht ist.

Eine Macht für die Revierschreiber kann nur dadurch geschaffen werden, daß alle Beschäftigten der Gemeinde in einer hierfür zuständigen Organisation sich zusammenschließen. Die gewerkschaftliche Organisation ist aber gegenüber den wirtschaftlichen Verhältnissen eine zwingende Notwendigkeit. Und da sie allein nichts ausrichten können, so sollten sie die richtige Lehre aus der Bewegung ziehen und sich einem großen Ganzen — unserem Verbands — im Interesse ihrer selbst wie auch ihrer Familie anschließen.

Volkswirtschaft und Gewerkschaften.

Ueber dieses Thema bringt Nr. 1 der „Soz. Monatshefte“ eine interessante Abhandlung von Eduard Bernheim, die wir nachstehend im Auszuge wiedergeben:

Die Notwendigkeit der Gewerkschaften anerkennen heißt noch nicht, ihnen eine gleiche und ungemischte Wirkungskraft auf allen Gebieten zuerkennen, die ihr spezifisches Arbeitsgebiet bilden. Im sozialistischen wie im bürgerlichen Lager zeigen sich vielmehr in dieser Beziehung auch bei denen, die sich als Freunde der Gewerkschaften bezeichnen, in neuerer Zeit wieder starke Meinungsverschiedenheiten, die zur Klärung drängen. Wie wir in den Reihen der Theoretiker der Sozialdemokratie heute eine Richtung haben, die, ohne den Gewerkschaften jede ökonomische Kraft abzustreiten, doch mit mehr oder weniger folgerichtiger Argumentierung auf die alte pessimistische Auffassung zurückkehrt, so hat der Gewerkschaftsoptimismus, wie man die von Brentano und dessen Schule vertretene Theorie nennen kann, auch im bürgerlichen Lager seine Gegner gefunden. Wenn nicht als einen dieser Gegner, so doch als auf dem Weg zu ihnen offenbart sich in einem soeben veröffentlichten Buch von Professor Alfred Weber.*)

Im ersten Kapitel begegnen wir einer Nachprüfung des auch in unserer Literatur noch häufig zitierten Satzes: „Die Maschine wirft den Arbeiter aus Pflaster“, die wenig von ihm übrig läßt. Daß im Einzelfall durch die Maschine oder ihr entsprechende technische Neuerungen (Chemie, Elektrochemie usw.) Arbeiter außer Existenz gesetzt werden, kann man alle Tage erleben. Aber wie steht es mit der Rückwirkung auf die Arbeiterschaft im allgemeinen? Statt eines Niederganges zeigt das Zeitalter der Maschine ein fortgesetztes Steigen des Prozentsatzes der gewerblichen Arbeiter zur übrigen Bevölkerung. Im Viertelsjahrhundert von 1882 auf 1907 ist die in Industrie und Bergbau beschäftigte Bevölkerung Deutschlands mit ihren Angehörigen von 16 auf 24,4 Millionen Köpfe oder um 65 Proz. gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur um nicht ganz 30 Proz. zunahm. Eine Entwicklung, die wir Sozialdemokraten als Partei der Arbeiter uns gern gefallen lassen können, die wir auch heute oft genug selbst betonen, ohne daß wir aber

bisher mit dem einst buchstäblich aufgesetzten Satz, daß das moderne Arbeitsmittel den Arbeiter „erschlägt“, gebührende Abrechnung gehalten hätten. Freilich läßt sich diese Abrechnung nicht so oben hin machen, sondern umschließt einen ganzen Komplex von Fragen, die dabei sorgfältig zu untersuchen sind. Jedenfalls aber müssen wir zugeben, daß, um es bildlich auszudrücken, hier eine noch uneingelöste Schuld der sozialistischen Theorie vorliegt. An dieser Stelle sei zur Illustrierung der verwinkelten Natur des Problems nur beiläufig daran erinnert, daß, wenn das moderne Arbeitsmittel den Arbeiter nicht erschlägt, es doch, wie ein Bild auf die Entwicklung der einzelnen Berufsgruppen in der großen Abteilung Industrie zeigt, immer wieder sehr bedeutende Verschiebungen in der Verteilung der Beschäftigungsarten bewirkt. Wobei wir in der deutschen Berufsstatistik auf die bemerkenswerte Erscheinung stoßen, daß Industrien, in denen die Maschine oder die beschleunigten chemotechnischen Prozesse eine große Rolle spielen, ihre Beschäftigten bedeutend stärker vermehren als solche, in denen diese Kräfte noch keine sehr großen Umwälzungen bewirkt haben. In den Gruppen Maschinen und Instrumente, Polygraphische Gewerbe, Chemische Industrien, Lederindustrie, Metallverarbeitung war sie zwei-, drei- und viermal so stark wie in der Gruppe Bekleidung und Reinigung.

In hohem Grade zweifelhaft ist ferner der bei uns einst wohlakreditierte Posten, der da lautet: „Verdrängung der gelernten durch ungelernete Arbeiter in den Industrien, die von der Maschine ergriffen sind“. Tatsächlich wechselt, was die Entwicklung des Verhältnisses der ungelerten zu den gelernten Arbeitern anlangt, in diesen Industrien das Bild ganz bedeutend von Industrie zu Industrie, und innerhalb einzelner Industrien wiederum wechselt es von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase. Bald tritt Maschinenleistung an die Stelle gelernter, bald aber umgekehrt an die Stelle ungelerner Arbeiter, so daß z. B. auf dem Deutschen Ingenieurtag von 1906 der Generaldirektor Dr. Cechelhäuser unter Zustimmung aller Gewährsmänner ausführen konnte, daß, wenn man feststellen könnte, welches vor 40, 50 Jahren in der deutschen Maschinenindustrie das Verhältnis der gelernten zu den ungelerten Arbeitern war, es sich wahrscheinlich für jene Zeit als geringes herausstellen würde als heute, das heißt, daß heute der Prozent-satz der gelernten Arbeiter größer sei als damals. Selbstverständlich wird auch der berühmte Posten: „Zunahme der Krisen an Häufigkeit und Intensität“ von Weber, wie übrigens jetzt von den meisten Ökonomen, auf das Konto der sehr zweifelhaften gesetzt. Weber zitiert gegen ihn nur debilitäre Sätze. Wer aber Zahlen will, sei daran erinnert, daß, während in den ersten zwei Jahrzehnten des neuen Deutschen Reiches die Zahl der Jahre matten Geschäftsganges die der Jahre aufsteigenden Geschäftsganges erheblich überstieg, von den 20 Jahren zwischen 1890 und 1910 neun auf solche der Krise und Stagnation, elf dagegen auf Jahre des Aufschwungs und guten Geschäftsganges entfielen.

Diese und ähnliche zweifelhaften Posten in der bisher vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, von sozialistischen Ökonomen entwickelten Prognose der Wirtschaftsentwicklung erklären sich aus der irrigen Methode, Tendenzen als absolut wirkende Entwicklungsfaktoren zu behandeln und aus Fehlschlüssen zu schnell Folgerungen für das Ganze abzuleiten. Es ist unsicher

*) Weber: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1910.

Oder, wenns einmal schief geht — eben deshalb, weil noch viele töricht beiseite stehen —, dann reißen sie den Mund auf und schimpfen. Entweder die Leitung taugt nichts, oder die ganze Organisation hat keinen Zweck, oder: sie haben den Mißerfolg klar vorausgesehen.

Ja, diese „anderen“ sind wirklich eine Prachtform! Und wer sich unter ihnen umgesehen hat, der hat gewiß auch schon häufig die Reueherung gehört: „Wozu müssen denn wir dabei sein? Die Organisierten machen schon. Es geht auch ohne uns.“

Rein, ihr anderen! Es geht nicht ohne euch. Wenigstens geht es nicht so, wie es gehen würde, wenn ihr aus eurer Blindheit zum Lichte erwachen würdet! Opfert endlich einmal einige Stunden des Nachdenkens über die Gewohnheit, alles gute Streben nur den anderen zu überlassen, ihnen alle Verantwortung, Arbeit und — im Falle eines Mißerfolgs — alle Schuld beizumessen. Vergewahrt euch das treffliche Beispiel von den dünnen Stäbchen, deren einen oder zwei oder drei man mit einem Griff wohl zerbrechen kann, die aber an Widerstand zunehmen, je mehr zusammenkommen. Wenns Tausende sind, trohen sie der stärksten Muskelkraft, und jedes einzelne Stäbchen, das hinzugefügt wird, erhöht die Größe des Widerstandes.

Unzählige Male ist dies Beispiel schon angeführt worden, in Reden und Schriften, weil es eben eine ganz augenfällige Parallele glebt mit dem Werden jener Kraft, die sich in unseren Organisationen verkörpert. Denn was hier ist der einzelne nicht mehr als ein Stäbchen, der, allein gelassen, gar nicht imstande ist, seinem wirtschaftlichen oder politischen Gegner zu trotzen, der aber sofort zu einem Machtfaktor wird, steht er in Gemeinschaft mit seinen Kollegen zum Widerstande auf.

Und so haben denn die Agitatoren es immer wieder dem einzelnen begreiflich zu machen versucht: du irrst dich, wenn du dich schwach glaubst; vereint mit deinen Arbeitsgenossen bist du stark, bist du ein Gewicht, das bei allen Konflikten zugunsten der Arbeitersache in die Waagschale fällt.

Aber — und auch das ist immer wieder geschehen und geschieht noch heute — da ist dann so ein Aufklärer auch in eine Stadt zu einem Kollegen gekommen, hat sich zunächst nur mit ihm allein unterhalten und ihm ins Gewissen geredet. Von den Rechten, die wir noch zu erobern haben, hat er gesprochen, und von den Pflichten, die wir uns, unserer Familie und der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen haben, und daß hier eben nur die Macht der Einigkeit, der Vereinigung, etwas erreichen könne. Der Kollege hat das sehr interessiert angehört, eifrig dabei genickt und dann nach kurzem Nachdenken geantwortet: „Ja, was du sagst, ist schon richtig. Auf eine andere Weise kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Und wenn es nach mir ginge — wir würden sofort eine Filiale gründen. Aber — die anderen! Ach, die anderen! Du machst dir keinen Begriff, was das für eine indifferente Gesellschaft ist. Mit denen, Freund, ist absolut nichts anzufangen. Nichts, sage ich dir. In unserer Stadt — ach, du lieber Gott, da ist ja nichts zu machen. Da gib dir nur gar keine Mühe erst. Die anderen — das ist ja ein zu dummes Korps!“

„Eine böse Gegend!“ hat der Agitator gedacht. Dann ist er zu einem zweiten Kollegen gegangen und hat ihm die Sache vorgestellt. „Ja“, hat der geantwortet, „ganz schön und gut, und ich wäre auch gleich dabei. Wenn wir einig wären, natürlich, da ließe sich schon was machen. Aber — die anderen! Die anderen!“ Beide Hände hat er verzweifelt ins Haar gesteckt, hat abgewinkt und ver-

singesehen, daß je nach der Natur des Rohstoffes, mit dem sie zu tun hat, die Maschine der Hand gegenüber leichteres oder schwereres Spiel hatte. Sie konnte die Eisenerzfrüher und schneller bewältigen als die Tierhaut, das Holz oder die Metalle. Und doch wurden lange Zeit die Erfolge der Maschine und das Wesen der Maschinenarbeit in den Eisenerzindustrien als typisches Bild der allgemeinen Produktionsentwicklung behandelt. Kein Wunder, daß das Gesamtbild in der Wirklichkeit wesentlich andere Rüge erhielt als es nach jenem Schema hätte erhalten müssen. Es bedurfte erst sehr durchgreifender, nur schrittweise sich vollziehender Umwälzungen im Hüttenwesen und seinen Anzügen, bis wenigstens für die Roh- und Halbfabrikate der Metallindustrien etwas Ähnliches erreicht wurde wie für die Halbfabrikate der Industrien der Eisenerz. Aber um wie viel höher sind im Verhältnis hier die Betriebskosten als dort, um wie viel stärker der Aufwand an Heizmaterial, für dessen Gewinnung immer neue Regionen von Arbeitern notwendig werden. Bis die Metallverarbeitung sich so weit entwickelte; und damit sie sich so weit entwickeln konnte, wie wir sie jetzt sehen, war unter anderem jene Verkehrsrevolution und jenes Wachstum der Städte notwendig, die Schritt für Schritt zu einer immer stärkeren Verwendung von Erzeugnissen der Schwerindustrie geführt haben. Welchen Einfluss die Entwicklung des Verkehrs auf das Wachstum der Eisenindustrie gehabt, respektive wie stark das eine mit dem anderen zusammenhängt, zeigt ein Blick auf die gewaltige Vermehrung der Transportmittel der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und ihres rollenden Materials sowie der Flur-, Kanal- und Seeschiffe. Von 1891 auf 1908 vermehrte sich in Deutschland, bei einer Bevölkerungszunahme von 26,4 Proz., auf den vollspurigen Eisenbahnen das rollende Material wie folgt:

Rollendes Material	1891	1908	Proz. Zunahme
Lokomotiven	14788	25634	73,8
Personenwagen	27512	53568	94,8
Güter- und Gepäckwagen	396640	586548	79,0

Die Zunahme der Beförderung auf den vollspurigen Eisenbahnen Deutschlands zeigen folgende Zahlen:

Beförderung	1891	1908	Proz. Zunahme
Personen	464 000 000	1 349 000 000	190,7
Güter in Tonnen	281 000 000	490 000 000	112,1

Rehr als sechsmal so stark wie die Bevölkerung steigerte sich der Verkehr von Menschen auf den Eisenbahnen, und viermal so stark wie der Bevölkerungszuwachs war, dem Gewicht nach, die Steigerung des Güterverkehrs. Es ist nicht ohne Interesse, auch auf die Kosten der Erneuerung, Ergänzung und des Unterhalts der Eisenbahnen einen Blick zu werfen. Sie stellten sich in Millionen Mark wie folgt:

Kosten für	1891	1908	Proz. Zunahme
Lokomotiven und Tender	72,8	142,7	97,4
Personenwagen	28,9	60,7	158,9
Gepäck- und Güterwagen	50,0	94,8	89,6

Und das Personal des Eisenbahndienstes vermehrte sich von 157 550 auf 276 312 Beamte und von 423 211 auf 606 791 Arbeiter, im ersten Fall eine Vermehrung um 76, im zweiten eine solche

um 64,7 Proz. Da die Zunahme des Verkehrs auf den Bahnen eine Zunahme der Bahnlänge überstieg, waren natürlich mehr neue Kräfte für den ersten als für Streckenarbeit und Werkstattarbeit erforderlich. Immerhin überstieg auch die Zunahme der Eisenbahnarbeiter die der Bevölkerung um fast das Zweieinhalbfache. Alle diese Zahlen beziehen sich nur auf die vollspurigen Eisenbahnen, zu denen dann noch für die Beförderung von Menschen und Gütern auf dem Lande die schmalspurigen Bahnen, die Klein- und Straßenbahnen und in neuester Zeit auch die Kraftwagen hinzukommen. In der deutschen Binnenschifffahrt stieg die Zahl der Schiffe zwischen 1892 und 1907 zwar nur von 22 848 auf 26 236, ihre Tragfähigkeit aber nahm von 2% auf rund 8 Millionen Tonnen zu, das heißt um mehr als das Doppelte. Ähnlich bei den Seeschiffen. Der Vermehrung der Schiffe von 3653 auf 4658 steht hier die des Netto-Raumgehalts von 1 433 000 auf 2 859 000 Registertonnen gegenüber. Die Befahrung der Seeschiffe stieg in der angegebenen Zeit von 40 440 auf 73 516 Personen, das heißt um rund 80 Proz.

Nur ein Teil dieser ungeheuren Zunahme der Beförderungsmittel und der durch sie bewirkten Verkehrssteigerung kann als positive Bewegung des sozialen Wohlstandes und Wohlbefindens bezeichnet werden. Vielleicht die gute Hälfte des Personenverkehrs und jedenfalls weit, weit mehr als die Hälfte des Güterverkehrs sind bei der Untersuchung der Wohlstandsentwicklung als Steigerung der sozialen Unkosten in die Rechnung einzuflechten. Der soziale Wert der Ausgaben für die verbesserten Verkehrsmittel besteht, wirtschaftlich betrachtet, darin, daß sie die Kosten des Verkehrs zunehmend niedriger halten als sie sonst sein würden und dadurch Lebensmöglichkeiten schaffen, die ohne sie überhaupt nicht bestehen würden. Aber Unkosten sind die Masse der Verkehrsausgaben doch. Diese großen Beträge — bei den vollspurigen Eisenbahnen waren die Betriebseinnahmen im Jahre 1908 nahezu 2% Milliarden Mark — gehören auf die Seite der Produktions- und Zirkulationsunkosten der Volkswirtschaft und sind eines der Momente, die es verhindern, daß die technischen Verbesserungen in der unmittelbaren Produktion der Güter das Leben in dem Maße verbilligen als man es nach den abstrakten Berechnungen der Produktivitätssteigerungen würde annehmen haben. Ein anderes Moment besteht in den Notwendigkeiten der Hygiene der Städte, von deren Kosten und Auswirkung auf die Metallindustrien unter anderem die Dicken der gewaltig gestiegenen Wohnproduktion erzählen.

Kurzum, eine Entwicklung, die abwechselnd Folge und Ursache technischer Umwälzungen ist, schafft einen vordem ungeahnten Bedarf an Erzeugnissen bestimmter Industrien und treibt diese auf einen Umfang gegenüber anderen Industrien, wie er in einem früheren Entwicklungsstadium durchaus irrationell erschienen wäre. In die Formel der Gliederung der Industrien, wie sie jenem früheren Stadium entspräche, hat sich ein Faktor eingeschoben, der das Ergebnis der Rechnung, oder sagen wir lieber: die weitere Gestalt der Formel wesentlich verändert, indem nun die einzelnen Größen andere Funktionsziffern haben. Indessen ist die Zunahme des Verkehrs nicht der einzige Faktor dieser Art, die Steigerung der spezifischen Industrien der Verkehrsmittel und

schließlich gesagt: „Die andern begreifen das ja im Leben nie!“ Der Agitator hat ein wenig gelächelt und gedacht: zwei geben schon ein Paar. Und er hat mit einem dritten, vierten, fünften Kollegen gesprochen, und alle haben es ihm wiederholt: „Ja, wenn ein jeder so dächte wie ich — dann ginge schon. Aber — die andern!“

„Nun,“ hat der Agitator sich gedacht, „die Kollegen haben nur noch nicht gelernt, sich zu zählen; sie sind wahrscheinlich noch nie alle beisammen gewesen, um einem gemeinsamen Willen Ausdruck zu geben, haben das Gefühl der vereinigten Macht noch nicht gespürt, und darum tut's not, daß sie sich einmal darüber aussprechen.“ Er hat also eine Versammlung einberufen und ihnen das Ungereimte ihrer Reden vor Augen geführt. Ja, da waren die Kollegen selbst ganz verwundert, daß gar keine „andern“ da waren und daß alle im Grunde gleiche Wünsche hatten. Also gründeten sie eine Filiale des Verbandes, und es dauerte nicht lange, da wußten sie aus Erfahrung, daß Einigkeit stark macht.

Darum muß es denen, die stets mit dem Hinweis auf „die andern“ kommen, immer und immer wieder gesagt und deutlich gemacht werden: es gibt keine andern! Die andern, die dem Fortschritt unserer Bewegung im Wege stehen, seid ihr selbst! Ihr, die ihr euch nicht entschließt, der Organisation beizutreten und ihr zu helfen, die Dinge zu bessern. Werdet euch nur einmal klar über die unseligen Folgen eurer Indifferenz, vergegenwärtigt euch die Eigenschaften der Gewerkschaft; denkt nach über die Machtlosigkeit des einzelnen und die Macht aller; unterdrückt einmal das Bestreben, eure Gleichgültigkeit vor euch selbst zu entschuldigen — und wenn ihr ehrlich seid, werdet ihr einsehen, daß die Lebensart von „den andern“, die nicht mitmachen würden, nichts weiter ist als eben eine Ausrede.

Will man schon Bezug auf andere nehmen, warum dann nicht auf die, die den Wert der Organisation erkannt und für sich selbst und „andere“ bessere Arbeitsbedingungen errungen haben? Man nimmt sich als vernünftiger Mensch doch nicht ausgerechnet die minderwertigen Exemplare seiner Gattung, sondern die guten und besten zum Muster!

Oder ist es gut, in Stumpfheit und Dummheit, in Apathie und fauler Gleichgültigkeit dahinzuleben? Niemand wird diese Frage mit gutem Gewissen bejahen.

Aber freilich: überall muß ein Anfang gemacht werden. Auch die Weltkörper wären nach Ansicht der Naturforscher nie entstanden, hätte sich im großen, nebelerfüllten Raum nicht ein Atom zunächst in Bewegung gesetzt und mehr und mehr mit sich gerissen. Sonne, Mond und Sterne existierten nicht ohne Bewegung, und kein Leben wäre denkbar in der großen, grauen Unendlichkeit — nur Nebel.

Der Nebel, ja, der ist es auch hier! Der Nebel in den Köpfen, der in Bewegung gebracht werden muß, auf daß sich Licht und Leben erzeuge!

Also den Anfang gemacht, ihr „andern“! Und ihr werdet erleben, was immer wieder und überall auf dieser Erde erlebt wird: wie die böse Tat Böses, so erzeugt die gute Tat fortwährend Gutes.

Noch viele Orte sind, in denen das erste Atom organisatorischer Kraft in Bewegung gesetzt werden muß. Noch viele Kollegen gibts, die die Schuld für ihre miserablen Lebensbedingungen nicht auch bei sich selber, bei ihrer Indifferenz suchen — woban, mögen sie erwachen und endlich aufhören, zu den „andern“ zu gehören, die wirklich schuldig sind!

ihrer Wohlthätigkeit nicht die einzige hier in Betracht kommende Rückwirkung der Vertheilungssteigerung. In weiterer Folge sehen wir die extraktiven Gewerbe unverhältnismäßig stark zunehmen. Das „Statistische Jahrbuch“ verzeichnet für die zwei Jahrzehnte von 1889 auf 1908 eine Zunahme der Steinkohlenförderung um 120 Prozent und der mittleren Belegschaft der Steinkohlengruben um über 140 Proz.; vier- und fünfund mehr als der gleichzeitige Bevölkerungszuwachs. Daß die ungeheure Steigerung des transoceanischen Verkehrs auch auf die Gestaltung der Verhältnisse in der Landwirtschaft stark eingewirkt hat, soll hier nur beiläufig erwähnt werden. Von der ersten bis zur jüngsten Berufszählung des Deutschen Reiches, im Vierteljahrhundert von 1882 auf 1907, stieg die Zahl der Erwerbstätigen der Textilindustrie von 851 000 auf 1 057 000 oder um 24 Proz. Wäre die Entwicklung der anderen Industrien in gleicher Weise vor sich gegangen, so würde 1907 die Gesamtzahl der industriell Erwerbstätigen 8 1/2 Millionen betragen haben, statt dessen beläuft sie sich aber auf 11 1/4 Millionen. Für alle Industriegruppen zusammen war die Zunahme somit 75 Proz. (64 auf 11 1/4 Millionen). So sehr weicht schon das äußere Bild von dem Schema ab, das die klassische Vertreterin der modernen großindustriellen Entwicklung zeigt. In den einzelnen Gruppen aber zeigen sich noch sehr bedeutende Unterschiede in der Verteilung der Betriebsklassen, der sozialen Gliederung im Betriebe, den Lohnsätzen und den Formen der Unternehmung.

(Schluß folgt.)

Wo bleibt die preussische Wahlrechtsreform?

Die Thronrede, mit welcher am 10. Januar dieses Jahres durch Herrn v. Bethmann Hollweg der preussische Landtag eröffnet wurde, erwähnt kein Wort von der Wahlrechtsreform. Die Erwartungen der in die dritte Wählerklasse eingepferchten preussischen Bevölkerung sind abermals betrogen, auch die vorstehende Landtagssession wird die längst verheißene Reform nicht bringen. Anstatt der Hoffnung wird nun eine wachsende Erbitterung in diesen Klassen Platz greifen, die sich dauernd von dem ihnen gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeschlossen sehen, und diese Erbitterung wird sich nur schwer in den Formen legaler Kundgebungen zügeln lassen.

Noch vor wenigen Monaten versicherten anscheinend offiziös inspirierte Pressemitteilungen, daß die nächste preussische Wahlrechtsreform an der Klasseneinteilung des Wahlrechts festhalten, aber das geheime und direkte Wahlrecht bringen werde. Neben der Zeitpunkt sei noch nichts entschieden. Daraus konnte man immerhin entnehmen, daß die preussische Regierung das Ausschließende, dem Volke ein zeitgemäßes Wahlrecht auf die Dauer vorzuenthalten, erkannt hat und sich bemüht zeigt, die Öffentlichkeit mit dieser historischen Notwendigkeit vertraut zu machen, um etwaige reaktionäre Widerstände zu entwerfen. Freilich stand damit keineswegs fest, daß schon die folgende Landtagssession eine neue Regierungsvorlage bringen werde, zumal Herr v. Bethmann Hollweg auch der aller Ungeeignetheit wäre, die preussischen Junker und Pfaffen zu Paaren zu treiben. Aber selbst wenn die Situation für einen neuen Gesetzentwurf noch verfrüht wäre, so müßte doch die Thronrede auf die Notwendigkeit einer solchen Reform hinweisen und die gesetzgebenden Körperschaften mit deren späterer Wiederaufnahme vertraut machen. Denn es handelt sich um ein seither unerfülltes Versprechen der Regierung und des Königs und es macht nicht den Eindruck, daß es der Regierung mit der Erfüllung dieses Versprechens ernst sei, wenn die neue Thronrede sich über diese Angelegenheit auszuweicht. Es war einfache Anstandsspflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Thronrede in dieser Beziehung Klarheit vor dem Lande schaffe. Denn nur ein fortschrittliches, hares, festes Regierungsprogramm kann in dieser Frage eine ruhige, erfolgversprechende Entwicklung verbürgen. Selbstverständlich gehört dazu auch soviel Zeit, um die beiden Häuser des Landtages für eine vollständige Reform zu gewinnen, in erster Linie aber verlangt ein solches Werk auch den Mut der Konsequenz, der unerschütterlich auf der Einsicht des gegebenen Ehrenwortes besteht, und den festen Willen, den Kampf für dieses Ziel mit jeder Landtagsmehrheit aufzunehmen.

Das Schweigen der Thronrede zeugt nicht von Alledem und ist daher von der übelsten Vorbedeutung. Es bekundet, daß die Regierung nicht den Mut findet, sich in diesem wichtigen Moment, wo das ganze preussische Volk auf das rechte Wort von ihrer Seite wartet, sich auf ihr Versprechen vom 20. Oktober 1908 zu beziehen und dem um sein Wahlrecht kämpfenden Volk neue Hoffnungen zu machen. Die entrechteten Wählermassen können darin nur eine Preisgabe der Wahlrechtsreform erblicken, denn auch die Reaktionen begrüßen dieses Schweigen der Thronrede mit unerbittlicher Genugthuung. Aber so leicht kommt die

preussische Regierung über diese Dinge nicht hinweg. Mögen die Machtverhältnisse in den beiden Häusern des Landtages dank dem Dreiklassenwahlrecht einer vollständigen Reform Schwierigkeiten bereiten — die Machtverhältnisse des preussischen Volkes sind schließlich doch die stärkeren. Schon die öffentlichen Kundgebungen, die sich naturgemäß an das verlegene Schweigen der Thronrede knüpfen, werden die Regierung zwingen, offen Stellung zu nehmen. Es zeugt also von wenig politischer Klugheit, diese Kundgebungen erst zu provozieren, sich diese Stellungnahme erst aufzwingen zu lassen. Diese Volkskundgebungen sind natürlich nicht mit wohlfeilen Bertröstungen zu beruhigen, und so wird der Zwang zu beschleunigtem Vorgehen viel stärker als vordem. Die Regierung gewinnt also mit ihrer Drückerberei in keiner Weise etwas, weder Zeit noch Aktionsfreiheit. Mit philosophischen Redensarten läßt sich diese Kundgebungen nicht aus der Welt schaffen, nur energische und ernste Reformarbeit kann hier noch helfen.

Aber hinter diesen spontanen Volkskundgebungen, die nur ein weltfremder, den realen Verhältnissen entrückter Philosoph ignorieren kann, steht eine sehr reelle und legitime Demonstration, die auch von der preussischen Regierung als ernstster Nachschuß bewertet werden muß — die nächsten Reichstagswahlen. Wir können ja nichts sehnlicher wünschen, als daß dieser Wahlkampf im Zeichen des Wahlrechtskampfes geführt werde, denn wenn es neben der Volksbelästigung und die Steuerreichen der Reichskassen bedrückenden Reichsfinanzreform von 1908 noch eines unfehlbaren demokratischen Zugmittels für diese Wahlen bedurft hätte, so wäre dies die preussische Wahlrechtsfrage. Sie, die Millionen von Wählern des Reichs in ihren Gefühlen und Interessen berührt, wird auch die letzten Hoffnungen der Reaktionäre zunichte machen. Und es kann nur Mitleid erwecken, wie der Mann, der die Geschäfte der preussischen Regierung leitet, unbefürchtet um die losende Hochflut, in seinem Sessel sitzt und seine professoralen Weisheiten verzapft. Als ob Neben jemals ein brandendes Meer beruhigen könnten. Wer die Zeit verjäumt zu rechtem Handeln, dem wird die Flut rettungslos verschlingen. Und Herrn v. Bethmanns Tage sind in der Tat gezählt. Der Tag, der die Niederlage des schwarzblauen Blods der Junker und Pfaffen besiegelt, wird auch das Ende seiner Herrschaft im Reich und Preußen sein.

Die Reichstagswahlen aber werden Breche legen in das Dreiklassenverhältnis der preussischen Reaktion. Sie werden mehr sein als eine Entscheidung über die künftige Reichspolitik, sie werden die Abstimmung des preussischen Volkes bringen über die große Frage, die auch das Reich angeht: Soll der größte Bundesstaat Deutschlands lokalisch oder demokratisch regiert werden? Und alle die Hunderttausende, die in Preußen degradiert sind, als Wähler der dritten Klasse von jedem tatsächlichen Einfluß ausgeschlossen zu bleiben, werden es als Ehrenpflicht erachten, ihre Stimme derjenigen Partei zu geben, die die umstrittene Führung im Wahlrechtskampf hat. Die preussische Regierung, von allen klugen Ratgebern verlassen, hat abgedankt, die Wahlrechtsreform zu vertreten. Die Zukunft der Wahlrechtsreform liegt nunmehr allein bei den Massen des deutschen Volkes. Unsere Aufgabe muß es sein, die Propaganda mit aller Kraft in diese Richtung zu leiten und die Wählermassen darauf vorzubereiten, daß sie über die große Tragweite der diesjährigen Reichstagswahlen nicht im Unklaren sind. Dann braucht uns um die Volksentscheidung nicht lange zu sein.

Ein Erfolg unserer Organisation.

Nach Redaktionschluß geht uns noch folgende Mitteilung aus München zu: Auf eine von unserem Verbandsrat an das Ministerium des Innern gerichtete Beschwerde wegen Lohnkürzungen beim Straßen- und Flußbauamt Traunstein wurde unserer Filiale München folgende Mitteilung: „Nach den vorgenommenen Erhebungen beträgt gegenüber den ortsüblichen Tagelöhnen von 2,40 M. in Laufen, 2 M. in Tittmonning und 2,30 M. in Burgsteden der Anfangslohn im Bauamtsbezirk Traunstein 2,40 M., welcher auch bei den im Spätherbst neu zugegangenen Arbeitern zur Rücksichtnahme diente. Wenn die Bauführung bei einigen Arbeitern, welche bereits höhere Tagelöhne hatten, eine Lohnreduktion eintreten ließ, so lag dies nicht in der Absicht des Bauamts und hat letzteres Anordnung getroffen, daß diesen Arbeitern ihr früherer Lohn weiterbezahlt und eine allenfalls erlittene Einbuße vergütet werde.“ Danach wird also jenen Wasserbauarbeitern, denen der Tagelohn gekürzt wurde, ihr früherer Lohn wieder bezahlt und auch die bisher vorgenommenen Lohnreduzierungen vergütet. Es wurde also das erreicht, was die Organisation anstrebt. Gossentlich wissen die Wasserbauarbeiter diesem Auf zu würdigen.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Die erste Arbeitswoche des Reichstags schloß am Dienstag, den 10. Januar, mit einer sogenannten Interpellation ein. Interpellation, das heißt auf deutsch Anfrage. Es ist die Anfrage, die irgend eine Partei in einer ihr wichtig erscheinenden Angelegenheit an die Regierung richtet. Da wir kein vollparlamentarisches System in Deutschland haben, d. h. da in Deutschland der Reichstag nicht über, nicht einmal gleichberechtigt neben der Reichsregierung steht, sondern ihr in allen seinen Nachwirkungen schließlich untergeordnet ist, so steht es der Regierung auch jederzeit frei, eine Antwort auf solche Interpellationen zu erteilen oder nicht. Paßt es ihr nicht, so erscheint sie überhaupt nicht im Hause oder beteiligt sich wenigstens nicht an der Diskussion — die ganze Aktion einer Partei ist damit verpufft. Es ist aber klar, daß je stärker eine Partei ist, die Regierung sich desto schwerer drücken kann. Allerdings, auch wenn sie Rede und Antwort steht, so endet dennoch jede Interpellation wie das Hornberger Schießen. Keine Partei hat etwa die Möglichkeit, auf Grund des Ergebnisses der Interpellationsverhandlungen Anträge zu stellen. Sie kann nur hoffen, daß die Verhandlungen selbst auf die Regierung erzieherisch einwirken werden. Es ist also auf diesem Wege leider nur eine indirekte Beeinflussung der Reichsregierung durch den Reichstag möglich. Im übrigen können jedoch solche Interpellationen auch noch draußen im Lande, und zwar da tief agitatorisch wirken.

Diesmal waren es die Freisinnigen, die die Interpellation eingebracht hatten. Sie lautete folgendermaßen: „Ist der Herr Reichsminister bereit, angesichts der schweren Miskände, die sich aus der Besteuerung der Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterschaft wie für den Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Zündwarengesetzes vom 15. Juli 1900 schleunigst in die Wege zu leiten? Es versteht sich jeder, wo das Interesse liegt, das die Freisinnigen in diesem Augenblick gerade an dieser Fragestellung haben. Das Zündwarengesetz stellt bekanntlich den Gipfel der Schandlatten vor, die die Blockparteien durch die „herrliche“ Finanzreform des Jahres 1900 am deutschen Volke begingen. Wie alle wissen, waren auch die Freisinnigen, jetzt fortschrittliche Volkspartei geheißen (die Herrschaften taufen sich gern einmal um), anfangs bereit, Hunderte von Millionen indirekter Steuern der Regierung zu bewilligen, genau wie Konervative, Zentrum, Polen, Antisemiten und Nationalliberale. Der ganze Unterschied zwischen jenen und diesen bestand einfach darin, daß die Liberalen neben diesen himmelschreienden indirekten auch noch eine direkte, eine Besitzsteuer, nämlich eine Erbschaftsteuer, eingeführt wissen wollten. Als die Konservativen und das Zentrum das aus niedrigstem Selbstinteresse, aus Schonung des Geldbeutels der Besitzenden, nicht mitmachen, trennten sich Nationalliberale und Freisinnige von jenen. An Stelle des nationalen Blocks des Reichstagslers Bülow trat der neue, sogenannte blaue Block des Reichstagslers Bethmann Hollweg. Trotzdem haben Nationalliberale und Freisinnige seitdem wenig gute Stunden bei den Wählern im Lande draußen gehabt. Das Volk hat jene wie diese durchschaut. Alle wollten es schreien bis aufs Blut, obwohl alle vor den Wahlen 1906 versprochen hatten, ihm keine neuen Steuern aufzubauhen. Der nationale Block war eben ein Freier, der schwarzblaue ist drei Pfennige wert. Das weiß heute das Volk; und darum hat es bei fast allen Nachwahlen allen diesen Parteien ohne Unterschied den Laufpaß gegeben und sich in ungezählten neuen Scharen der Sozialdemokratie zugewandt. Nun aber suchen namentlich die Freisinnigen sich beim Volke wieder lieb und zu machen. Und ein Mittel, das ihnen dazu dienen sollte, war eben diese Interpellation: sie wollten sich zu Anwälten des Volkzorns machen, der, wie den anderen Verbrauchssteuern, so namentlich der Zündholzsteuer gilt — die sie doch selbst zu bewilligen einmal beinahe im Begriffe waren!

Die Regierung erklärte sich denn auch durch den Mund des Reichssekretärs Bermuth bereit, die Anfrage zu beantworten, und also ging sie vom Stapel. Aber die Sache kam sehr anders, als die Freisinnigen es sich wohl ausgemalt. Oder vielmehr, es kam so, wie jede wichtigere Verhandlung dieses Winters bisher immer geendet hat: sie lief aus in einem großen Gezänk zwischen den ehemals so eng vertrauten Blockbrüdern, in Anklagen und Bortwürfen, die sie sich gegenseitig machten, mit der Wirkung, daß die Entzweiung zwischen ihnen nur immer tiefer und anhaltender wird. Die Freisinnigen klagten die Konservativen und das Zentrum der Urheberhaft an dem Zündholzsteuergesetz an; die Konservativen bezeichneten die Nationalliberalen als dessen eigentliche Väter; diese wieder schoben die Schuld hauptsächlich dem Zentrum zu. Und die Polen und Antisemiten schimpften mit. Keiner wollte es also eigentlich „bewiesen sein“. Und damit gaben sie indirekt zu, daß es schlecht und schädlich sei. Trotzdem — wollte keine Partei, außer den Freisinnigen, es wieder aufgehoben sehen. Denn hier liegt für sie der Anknüpfen beim Grunde. Woher einen Erfolg schaffen, wenn es fällt, ohne die Besitzenden zu belasten? Ein Freisinniger schlug vor, auch die Zündwarenerzeugnisse, die man jetzt

vielfach an Stelle der Zündhölzer gebraucht, zu besteuern, um aus dem Ertrage dieser neuen Steuern Unternehmern und Arbeiter der ruinierter Zündholzindustrie zu unterstützen. Man will also von neuem einen Industriezweig kaputt machen, um einem schon ruinierter Industriezweig Bettelstümmen zu verschaffen! So sehr verblendet die Selbstsucht diese armseligen bürgerlichen Politiker!

Eine unäglich komische Rolle spielte in dem Ganzen der Staatssekretär des Reichsschatzamts Bermuth. Er erklärte, die Regierung dachte nicht daran, die Steuer aufzuheben. Die Rot, die „angeblich“ unter den Arbeitern und kleineren Industriellen in der Zündholzindustrie herrsche, sei erstens gar nicht so groß und komme zweitens gar nicht mehr von der Steuer! Ursache davon sei vielmehr die Auflösung der Produktionsgemeinschaft der Zündholzfabrikanten, die nun alle auf eigene Faust produzierten und sich gegenseitig kaputt machten! Außerdem würde die Beseitigung der Zündholzsteuer den Beteiligten nur schaden. Aus all dem Gerede ging immer wieder nur das eine hervor: die Regierung braucht die 15 Millionen Steuergelder wie das tägliche Brot und gibt keinen Pfennig heraus, auch wenn die Hälfte der Zündholzarbeiter dabei verhungern müßte.

Der Redner der Sozialdemokratie ging mit all den Herren scharf ins Gericht. Er schilderte die Erbitterung der Bevölkerung über die Steuer, die zum Himmel schreiende Not der Zündholzarbeiter, die Betriebsjorgen der kleineren Unternehmer. Er bedeckte die ganze Gortherzigkeit der Gegner auf und er schloß mit dem drohenden Hinweis: „Bei den Wahlen sehen wir uns wieder!“

Das Volk draußen aber wird diesen Aufnahmen und ihm wahrnehmen. Was die Blockparteien mit der Reichsfinanzreform gesündigt haben, soll ihnen bei den Reichstagswahlen 1911 hundertfältig heimgezahlt werden. Denn in der Politik von heute hat nur ein Grundfach Wert, der aus dem Alten Testament schon stammt, den jeder kennt und der da lautet: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Berlin, 14. Januar 1911. Paul Gähre.

• Wasserbauarbeiter •

Bereitsbesteuern. Am 8. Januar fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Gauleiter Sebalb referierte über: „Das Wesen der christlichen Organisationen.“ Trotz Einladung und Zusicherung völliger Redefreiheit hatte sich kein Gegner blicken lassen. Vielmehr hatten diese selbst eine Versammlung, zu der ausdrücklich der Zutritt von „Sozialdemokraten“ schon in der Einladung verweigert wurde. Bei der Neuwahl des Ausschusses wurden fast ausnahmslos die bisherigen Ausschussmitglieder wiedergewählt, die auch versprochen, im neuen Jahre ebenfalls wieder fleißig für den Ausbau der Organisation zu wirken und um die bestmögliche Unterstützung der übrigen Kollegen ersuchten. Klage geführt wurde darüber, daß kürzlich ein Arbeiter mit der leichteren Arbeitskleidung bei Sturm und Gestöber heimgehen mußte, weil der Vorarbeiter die Bauhütte nicht mehr aufsperrten mochte. Wenn der Arbeiter sich äußert: „Die Hütte sei kein Kleiderkasten“ und meint, die Arbeiter müßten ihre Reservelleidung, die sie bei der Eigenart der Arbeit nun einmal haben müssen, ins Freie hängen, so ist das von ihm eine ebenso irrtümliche Meinung, wie wenn er sich einbildet, noch mal in den statutenmäßigen Personalkörper zu gelangen. Auch wird von den Arbeitern verlangt, daß sie zwei Läden, die jetzt voll Dred, Eis und Sand gefroren sind, tragen sollen, was bisher kein Mensch noch vom Vorarbeiter verlangt hat. Ist dann das Unglück fertig, daß die Arbeiter die Last nur mit äußerster Anstrengung aufheben können, leicht eintreten kann, dann will natürlich jedermann den Unschuldigen spielen. Es sei deshalb an dieser Stelle an den betreffenden Vorarbeiter die nicht mißzuverstehende Warnung gerichtet, daß eben „Allzuscharf bekanntlich scharf macht“. Damit wollen wir es für heute genug sein lassen. Eine Anzahl Neuaufnahmen bildeten den Abschluß der Versammlung. Auch für das „Bayerische Wochenblatt“ wurden eine Anzahl Abonnenten gewonnen, welches Blatt den Wasserbauarbeitern nur bestens empfohlen werden kann. Die Expedition ist in München, Altheimer Straße 19. Der Preis pro Vierteljahr ist nur 87 Pf.

Bleck. In dem idyllisch gelegenen Orte Bleck in Schwaben versammelten sich am 8. Januar die Wasserbauarbeiter im Gasthaus zur goldenen Traube, um einen Vortrag des Kollegen Weigl entgegenzunehmen. Trotz des Organisationsverlusts flüchtete kein Mensch in Werttissen, der das Reklamationrecht der Wasserbauarbeiter mit Füßen tritt und in seiner eifrigen Tätigkeit offen gegen die Beschlüsse des bayerischen Landtags verfährt, indem er die organisierten Arbeiter einfach entlassen hat oder mit Androhung der Entlassung den Austritt der Arbeiter aus der Organisation erzwingt, erlittene sich diese Versammlung eines guten Besundes. Kollege Weigl entwickelte in seinem Vortrage die Enttötung der modernen Organisationen und verwies hauptsächlich auf die Erfolge, die den Arbeitern durch ein geschlossenes Vorgehen in ihrem

Organisationen zuteil wurden. Auch die staatlichen Wasserbauarbeiter müssen sich einmal aufrufen, um eine Besserstellung zu erzielen. Eine Reihe Kollegen haben den Schritt unternommen und gute Rezipiente sind zu verzeichnen. Ist auch die Bewegung unter den Wasserbauarbeitern noch nicht so angeschwollen wie die der städtischen Arbeiter, so müssen auch die Kollegen von Fleck und Umgebung mit zur Förderung ihrer Sache beitragen. Medner zeigte an verschiedenen Beispielen, wie sich die Unternehmer, Beamten und verschiedene andere Korporationen zusammenschließen, um ihre Lage zu verbessern. Schon derartige Beispiele sollen den Arbeitern die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß auch ihr Platz nur in einer modernen Organisation, im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sein kann. Medner beschäftigte sich dann noch eingehend mit den Forderungen der Wasserbauarbeiter und deren Behandlung im bayerischen Landtage. Auch die für die Wasserbauarbeiter bestehende Arbeitsordnung wurde in all ihren Schönheiten beleuchtet. Ferner kam Medner noch auf die in den letzten Jahren insbesondere durch die Reichsfinanzreform verursachte Verteuerung aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel zu sprechen. An der Hand von Zahlenmaterial wies Medner nach, wie sich die notwendigsten Ausgaben zum Lebensunterhalt stetig erhöhten, mit denen die Erhöhung der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten habe. Eine Unterernährung kann von diesem Ergebnis nur die Folge sein. Zum Schlusse forderte der Referent die Anwesenden auf, der Organisation vollzählig beizutreten, nur so werden die Kollegen am Wasserbau bessere Verhältnisse erreichen können. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen trat eine Anzahl Kollegen der Organisation bei.

• Notizen für Gasarbeiter •

Köln, 16. Januar. Wie die Tagespresse mitteilt, ist außer dem bereits beendigten Eisenbahnerstreik auch ein Gasarbeiterstreik von erheblichen Dimensionen ausgebrochen. Die Gasanstalten, deren Arbeiter sich im Ausstand befinden, werden von starken Kavallerie- und Infanterieabteilungen bewacht. Die Elektrizitätsarbeiter der öffentlichen Beleuchtungsanlagen sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Der Dienst der streikenden Gasarbeiter wird von Feuerwehrleuten versehen. Angeblich durch Sabotage (d. h. durch gewaltsames Eingreifen der Streikenden) ist eine Gasexplosion erfolgt.

In der Gasanstalt Tegel scheint die Bekämpfung der Organisation ganz systematisch vor sich zu gehen. Im vorigen wie auch in diesem Jahre ist vor der Neuwahl der Sektionsleitung und der Vertrauensleute seitens der Betriebsleitung ein Vorstoß gegen die gewerkschaftliche Betätigung unternommen worden. Zweck der Übung soll wohl sein, daß die Funktionäre in Furcht und Schrecken um ihre Arbeitsstelle gesetzt werden sollen und die Wieder- oder Neuwahl ablehnen. Damit glaubt man sich die Organisation vom Hals halten zu können. Im vorigen Jahre hatte man die übliche Absicht, für den Tod des Kollegen Reiz den angeblich vorhandenen Terrorismus der Verbandskollegen haßbar zu machen. In diesem Jahre wird einer unserer bestgehabten Vertrauensleute, der Kollege Laqua, gemahregelt. Für die Entlassung ist kein anderer Grund zu entdecken, als seine eifrige Arbeit für die Organisation. Der Herr Dirigent gibt das natürlich nicht als Entlassungsgrund an. Der Kollege soll vielmehr wegen Trägheit und Beleidigung eines Vorarbeiters entlassen worden sein. Die Beleidigung, daß L. ein „fauler Patron“ wäre, mußte der Dirigent fallen lassen. Denn der Vorarbeiter Dammann, der den Kollegen wegen zu langer Verweilens auf dem Aloselt und Beleidigung gemeldet hatte, mußte zugeben, daß L. nichts seine Arbeit geleistet hatte. Es kommt noch hinzu, daß der Kollege in seiner dreijährigen Beschäftigung viel im Afford gearbeitet hatte. Außerdem ist dieser „faule Arbeiter“ von seinem vorgelegten Meister wochenlang mit der Aufsicht über 15–20 Kollegen betraut worden und auch noch nie wegen seiner Faulheit bestraft worden. Einzig und allein bleibt die Tatsache bestehen, daß der Kollege L. den Vorarbeiter, weil derselbe drohte, eine falsche Meldung zu erstatten, darauf aufmerksam machte, was er eigentlich für diese unwahre Meldung verdient hätte. Wenn der Dirigent dieses Vergehen von Gerechtigkeitsgefühl heraus, ebenso wie die Verfehlungen anderer Arbeiter, bestraft hätte, würde er die Entlassung nicht ausgesprochen haben. Ein Arbeiter, der als Trinker bekannt ist, hat des öfteren stundenlang auf dem Werk die Arbeit versäumt und seinen Rausch ausgeschlafen. Hierfür wurde stets eine geringfügige Geldstrafe festgesetzt. Dieselbe Strafe erhielten zwei Arbeiter, die sich auf dem Werk geschlagen haben. Einer, der ein Stück Riemenleder, der Anstalt gehörig, als sein Eigentum annehmierte, wurde ohne jede Strafe weiter beschäftigt u. v. m. Solcher Mißstände, wenn sie gleichmäßig allen Arbeitern zuteil wird. Selbst wenn der Kollege L. in der Form und der Ausdrucksweise gegen das provozierende Auftreten des Vorarbeiters sich vergriffen hätte, sind zwei weitere Gründe als mildernde Umstände ins Feld zu führen. Der Vorarbeiter hat erst vor kurzem durch unberechtigte

beleidigende Anordnungen einen Arbeiter zu Handgreiflichkeiten gereizt. Zum anderen ist die Tatsache ins Feld zu führen, daß solche Vorgehensweise, die in Ton und Form ihres Betragens als vorbildlich auf die Umgangsformen der Arbeiter wirken können, nicht sehr viel vorhanden sind. Hierfür läßt man ruhig die Organisation sorgen. Dann ist es immerhin kein Wunder, wenn einmal auf einen groben Aloselt ein grober Keil folgt. Der grobe Aloselt bleibt aber gegebenenfalls ungerügt. Um so härter prallen die Strafen auf den groben Keil. Für letztere Tatsache bietet die Entlassung des Kollegen L. einen schlagenden Beweis. Für erste möchten wir nebenbei auf die Äußerungen des Ingenieurs L. hinweisen. Einigen Arbeitern, die in Rücksicht auf den maschinellen Betrieb und bestimmt durch die Anordnungen ihres Meisters pausieren mußten, bot der Herr folgende Schimpfworte an: „Faule Bande, dem lieben Gott den Tag abhehlen, Weid wollt Ihr haben, aber nichts tun dafür.“ Jeder anständige Mensch hätte sich erst nach dem Grunde des Pausierens erkundigt und dann eventuell die Arbeiter auf ihre Pflicht, und das auch noch in anständiger Form, aufmerksam gemacht. Die Arbeit, die sich die Vorgesetzten mit der besonderen Beobachtung unserer Vertrauensleute machen, könnte sicher besser angewandt werden. Wir empfehlen hierfür die Aufgabe, daß endlich einmal die Zahl der Betriebsunfälle möglichst eingeschränkt werde. Folgende Zahlen beweisen besser als viele Worte die Berechtigung dieser Forderung. Dem Bericht der Betriebskrankenkasse zufolge waren

	Be- schäftigte	Unfälle 1900 Ins- gesamt	Be- schäftigte	Unfälle 1900 Ins- gesamt		
	Auf 100	Verständ- liche	Auf 100	Verständ- liche		
Gasanstalt Müller, Gitschiner, Danzigerstraße	2481	231	9,3	2457	255	10,3
und Schmaragdendorf						
Gasanstalt Tegel	730	180	24,2	807	216	26,7

Es ist bezeichnend, daß in dem Betriebe, wo der Organisation von obenher die schärfste Bekämpfung zuteil wird, Leben und Gesundheit der Arbeiter den Unfallgefahren in verdoppeltem Maße preisgegeben sind. Aufgabe der Kollegen ist es, im gewerkschaftlichen Kampfe wie auch auf der Arbeitsstelle sich durch nichts provozieren zu lassen. Wir, die sogenannten ungebildeten Arbeiter, wollen durch ruhiges, anständiges Verhalten beweisen, daß wir „Wilden“ doch bessere Leute sind.

• Aus den Stadtparlamenten •

Mos in Bayern. Man schreibt uns: Dem Magistratsbericht der Sitzung vom 10. Januar entnehmen wir folgendes: „Einnahmen der Stadt pro 1911: u. a. Städtisches Gaswerk 88 500 M. (Ueberschuß), und der Berichtshalter Oberbürgermeister Bräuninger führt zum Etat aus: Die sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten stellten zugunsten der städtischen Arbeiter und Bediensteten eine Reihe von Anträgen zum Etat, so u. a. Bezahlung der Feiertage, Bezahlung bei Erkrankungen auf 6 Wochen, Bewilligung von Ferien für 3 bis 14 Tage, Errichtung von Versorgungslägen für Arbeiter, Regelung der Sonntagsarbeit, besonders im Gaswerk, Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf., Reduktion der Arbeitszeit an den Samstagen usw. Er schlägt vor, die Prüfung solcher Eingaben ein für allemal abzulehnen. Die städtischen Arbeiter sollen sich selbst direkt an den Magistrat wenden und nicht durch Vermittlung Dritter. Das geschieht nur, um die Leute für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. . . . Der Magistrat stimmt dem zu.“ Das ist der erste Akt eines sozialen Schauspiels: Ein liberaler Magistrat, der den Gipfel sozialer Rücksichtlosigkeit erklommen hat. Die Haltung des Magistrats ist um so unerhörter, als vor einigen Wochen sechs städtische Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit gemahregelt worden sind. Trotz Widerspruch des nächsten Vorgesetzten wandten sie sich an den Stadtbaumeister um Gewährung von Entfernungszulagen, was auch gewährt wurde. Die Folge dieses „Selbst-Vorstelligwerdens“ war aber die Entlassung aller sechs wegen — Arbeitsmangel! Um nun keine Entlassung mehr zu riskieren, lassen die städtischen Arbeiter ihre Wünsche durch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter einreichen, und da bringt man es fertig, diese Genossen in der tollkühnsten Weise zu brüskieren! Nun, der zweite Akt dieses sozialen Schauspiels wird für die Herren vom Magistrat nicht besonders alimpflich werden, unsere Genossen werden die richtige Antwort finden.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung hielten am Montag, den 9. Januar, eine überfüllte Protestversammlung im „Englischen Garten“ ab. Alle Tische mußten aus dem Saale entfernt werden, damit dieser die Zutretenden fassen konnte. Es handelte sich um mit dem 1. Januar von seiten der Direktion

verfügte Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitszeit der während der Nacht tätigen Zwischenposten ist danach um eine Stunde verlängert worden, und außerdem sollen Überstunden dieser Nachtschicht sowohl als auch solche aller Arbeiter beim Wechsel der Schichten nicht mehr bezahlt werden. Die Versammlung, in welcher Kollege Wapty das Referat hielt, war über diesen Gewaltakt der Direktion tief erregt, um so mehr, als man, ohne den Arbeiterschuß zu hören, einfach dekretiert hatte. Hingzu kam noch, daß die Beschwerde der Arbeiter wegen Schikanierung eines Ausschussesmitgliedes durch einen Aufseher mit einer Versekung des ersten beantwortet worden war, während der schuldige Beamte unbehelligt blieb. In der Diskussion gab es noch eine gründliche Abrechnung mit dem im Arbeiterschuß die Mehrheit bildenden „Grischen“. Diese hatten die Stirn gehabt, den Verbandskollegen die Schuld an den Arbeitsverschlechterungen aufzubürden; da war denn die mit allgemeinem „Ruf“ begleitete Mitteilung sehr interessant, daß die heuchlerischen Führer der „Grischen“ bereits vor Monaten um die geplanten Verschlechterungen gewußt hätten — eine Tatsache, gegen welche diese in ihrer am darauffolgenden Tage stattfindenden Versammlung nur lendenlähmende Ausreden vorzubringen vermochten. Einige Redner plädierten unter dem Vorwand der Versammelten für sofortige Niederlegung der Arbeiterschußmandate, da — wie sie richtig sagten — der Arbeiterschuß von der Direktion ja doch an die Wand gedrückt und zur Bedeutungslosigkeit degradiert wird. Der Terror der Beamten gegen unliebsame Ausschussesmitglieder tut das übrige dazu. Die inopportune Versammlung beschloß einstimmig nachstehende Resolution:

Die von mehr als 600 Arbeitern der Straßenreinigung beschickte Protestversammlung erhebt energisch Einspruch gegen die Verschlechterung der Arbeitszeit und die Verschneidung der Überstundenbezahlung.

Entschieden verurteilt die Versammlung auch die Behandlung der Mitglieder des Arbeiterschußes, sowie die Versekung des Ausschussesmitgliedes Döring, welche nichts anderes als eine Maßregelung darstellt.

Die Versammlung beschließt, mit allen Mitteln dagegen Front zu machen und fordert die Vertrauensleute auf, die geeigneten Schritte zu unternehmen.

Bremen. Am 10. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Den Jahresbericht erstattete Kollege B. Meyer. Er konnte im großen ganzen nur gutes berichten. Bei unserer Lohnbewegung haben wir zwar nicht voll erreicht, was wir erstrebten, doch sind die Zugeständnisse ein tüchtiger Fortschritt. Weitere Kämpfe stehen bevor. Es gilt, den Reinkundentag zu erobern. Für die Vertrauensmänner fanden Ausbildungsabende statt. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 1102 auf 1178. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des Vorstandes.

Frankenthal (Wals). Unsere Generalversammlung vom 7. Januar war gut besucht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: A. Reich, Vorsitzender; R. Kühling, Kassierer; O. Hoffmann, Schriftführer. Recht bittere Klagen wurden laut über rohe Ausdrücke des Poliers Breuer und des Gärtners Wetengel. Es wäre sehr angebracht, wenn die Stadtverwaltung diesen Herren einen besseren Ton den Arbeitern gegenüber beibrächte.

Freiburg i. B. Der für uns günstige Ausfall der Arbeiterschußwahlen vom 20. Oktober v. J., worüber wir in Nr. 45 berichteten, hat unsere Gegner sehr ergrimmt. Die Christlichen werfen uns schöffle Kampfmittel vor, welche Behauptung in einer von ihrer Seite einberufenen öffentlichen Versammlung zusammenbrach, nachdem sie von uns in der Diskussion in das richtige Licht gerückt wurde. Noch besser als die Christlichen vollbrachten es einige Sozialarbeiter mit Hilfe des Stadt- Arbeitervereins (Hahnvereins). Es wurde nämlich die Wahl der 4. Wählergruppe von den Christlichen und den Postamtsarbeitern angefochten, weil eine große Zahl der Briefgutarbeiter von der Wahl ausgeschlossen war. Auch wir verurteilten dieses und sahen nur deshalb von einer Anfechtung ab, weil das Wahleresultat für uns doch nicht anders ausfallen würde. Auch erwarteten wir endlich praktische Arbeit vom Arbeiterschuß. Als weiteren Anfechtungsgrund führten die Sozialarbeiter Wahlbeeinflussung unsererseits an. Trotzdem der Stadtrat davon keine Notiz nahm, scheuten diese Anfechtungen kein Mittel, uns in der Öffentlichkeit schlechtzumachen. Wir wurden der Verleumdung und Lügenfälschung bezichtigt. Besonders der Hilsvaldhüter Mikob. Seisfried tat sich darin hervor. Diese falschen Aussagen wurden auch von christlicher Seite unterstützt. Den Lohn dafür haben sie nun darin erhalten, daß sie beim zweiten Wahlgang an Stimmenzahl abnahmen und ihr zuerst errungenes Mandat den Sozialarbeitern zufiel. Der Arbeiterschuß besteht nun aus 9 Freiorganisierten, 2 Christlichen und 1 Wilden (Hahnvereinsler). Letzterer wird mit seiner kleinen Zahl Anhänger bald einsehen müssen, daß ohne geschlossene Organisation auch im Arbeiterschuß keine positive Arbeit zu leisten ist. Die Kollegen allerorts ersuchen daraus, daß unseren Gegnern kein Mittel zu schlecht ist, uns im Ansehen in der Öffentlichkeit und besonders bei den Vorgesetzten herabzusetzen. Solche niedere Taten müssen jeden ehrlich denkenden Kollegen aufrütteln, noch

mehr wie bisher, für Aufklärung unter den uns noch fernstehenden Arbeitern zu sorgen, damit solche Verleumdungen an der Wahrheit scheitern.

Wettig. Am 7. Januar fand die Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Bachmann, gab den Jahresbericht über die Tätigkeit des Vorstandes, woraus hervorgeht, daß im verflossenen Jahre tüchtig gearbeitet wurde. Freilich hätte angesichts dieser Tätigkeit ein besserer Erfolg erwartet werden können. Die Mitgliederzahl hat sich im ganzen Jahre nur um 10 vermehrt. Das ist allerdings nicht viel, doch es kann gesagt werden, daß ein guter Geist in den vorhandenen Mitgliedern steckt und daß eine gute Beitragsleistung zu verzeichnen ist. Der vom Kassierer, Kollegen Dreher, erstattete Rechenschaftsbericht brachte den Beweis hierfür. Es sind im verflossenen Jahre 2288 Beitragsmarken verkauft worden, das entspricht einer Mitgliederzahl von 44 im Jahresdurchschnitt. Die gesamte Einnahme betrug 1342,57 Mk., die Ausgaben belaufen sich auf 974,87 Mk., so daß ein Bestand von 367,93 Mk. verbleibt. In den Füllvorstand wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt, als Schriftführer wurde der Kollege Prose neu gewählt. Zum Schluß der Versammlung behandelte Kollege Breihler noch kurz die Ereignisse des verflossenen Jahres und schloß mit der Aufforderung zu weiterer emsiger Mitarbeit in der modernen Arbeiterbewegung.

Dannover. In der Generalversammlung vom 10. Januar erstattete Kollege Jürgens den Kassenbericht vom 4. Quartal 1910. Die Einnahme inklusive Kassenbestand betrug Ende des 3. Quartals 2369,16 Mk., die Ausgabe 480,08 Mk. An lokaler Krankenunterstützung wurden gezahlt 151,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 22,50 Mk. Die Ausgabe für statutengemäße Krankenunterstützung belief sich auf 307,50 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 50 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 246 Mitglieder, darunter 1 weibliches. Den Vorstandsbericht erstattete Kollege Gagemeyer. Die Lohnforderung vom vorigen Jahre hat nennenswerte Erfolge nicht gezeitigt. Die neue Eingabe werde aber anscheinend besser bewertet. Kollege Reikner gab dann noch einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Zilliale, mit deren Mitgliederbestand er nicht zufrieden war. Er forderte die Kollegen zur regen Mitarbeit auf, denn hier müßte es besser werden. Die Vorstandswahl brachte die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden und des Kassierers, zum Schriftführer wurde Kollege A. Billede bestimmt. Zum Schluß fand ein Vorschlag des Kollegen Gagemeyer Annahme, die Unterstützung für durchreisende Kollegen auf 1,50 Mk. zu erhöhen und zwar 1 Mk. als Zehrgeld, 0,40 Mk. für eine Schlafkarte im Gewerkschaftshaus und 0,10 Mk. für eine Badekarte dazwischen. Letztere kann von durchreisenden Kollegen in der Herberge des Gewerkschaftshauses im Empfang genommen werden.

Hamburg-Nischwärder. Am 8. Januar tagte im Lokal von Host unsere Distriktsversammlung. Unser Distriktsleiter erstattete einen Bericht über die Verhältnisse in unserem Distrikt während des letzten Kalenderjahres. Am 31. Dezember 1910 waren wir 61 Mitglieder; gegen das Jahr 1909 eine Zunahme von 39 Mitgliedern. Der im Mai des Berichtsjahres in Kraft gesetzte Alfordlohnstarif weist 66 Positionen auf; davon 40 für „Fischen und Laden von Baumaterialien“ und 26 für Strombauarbeiten. Die Mehrzahl der Alfordsätze wurde erhöht. Taburach wurde ein erheblicher Mehrverdienst pro Mann und Woche erzielt. Der Lohnstarif wurde durch Aushang bekanntgemacht, und außerdem sollen die Vorarbeiter nach Beendigung jeder einzelnen Arbeit berechnen und es den Beteiligten auf Verlangen mitteilen, wieviel die Kolonne im ganzen und wieviel demnach jeder Einzelne derselben bei der Arbeit verdiente. Der Baupolier hat dem Arbeiterschuß erklärt, er wüßte und habe angeordnet, die Arbeiter sollten über die ihnen nach dem Lohnstarif zustehenden Löhne informiert werden. An den gewerkschaftlichen Angelegenheiten beteiligten sich die Kollegen ihrer Mehrzahl nach lebhaft. Aus der von der organisierten Arbeiterschaft am Orte unterhaltenen Bibliothek entnahmen unsere Verbandskollegen die größte Zahl Bände. Wir waren die fleißigsten Leser. Unser Distrikt hat in allem Fortschritt aufzuweisen. Als Distriktsleiter wurde unser als solcher bewährter Kollege wiedergewählt. Aus der am 14. Dezember stattgehabten Sitzung des Arbeiterschußes wurde berichtet, die Behörde habe eingewilligt, daß die Neuwahl des Arbeiterschußes erst dann im kommenden Frühjahr stattfinden soll, wenn der Stalereibetrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen ist. Im übrigen wurde noch über mehrere interne Angelegenheiten verhandelt. Zu diesem Bericht wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung folgende Anträge zu beschließen: 1. den Tageslohn aufzubessern und 2. die Alfordsätze für Steinseherarbeiten zu erhöhen. Ferner soll die Arbeit auf Vaggerschuten geregelt werden. Kollege Schönberg hielt dann noch einen kurzen Vortrag über die Eingabe an den Senat, betreffend die Abänderung der Satzungen für die Arbeiterschuße.

Kengersdorf. Am Sonntag, den 8. Januar, fand die Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Scheunig gab den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und Kollege Illbrich berichtete über die Abrechnung. Die Zilliale wurde am 5. Juni

1910 errichtet und zählt jetzt 19 Mitglieder. Insgesamt sind bei der Gemeinde beschäftigt 29 Arbeiter. Der Vorsitzende berichtete sodann noch, daß sich der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung mit unserer Eingabe wegen Lohnerhöhung beschäftigen wird. Die Wahlen zum Filialvorstand brachten die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Zum Schluß der Versammlung streifte Kollege Preißler noch kurz die wichtigsten Vorgänge des verflossenen Jahres und ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre tatkräftig im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu wirken.

Lübeck. Unsere Mitgliederversammlung fand am 6. Januar statt. Es wurde zunächst die Abrechnung bekanntgegeben. Zum Kassenbestand von 1110,98 Mk. sind im abgelaufenen Quartal insgesamt eingegangen 2807,13 Mk., Ausgaben der Filiale 403,88 Mk. An den Hauptvorstand sind abgegangen in Quittungen 371 Mk., in bar 640,10 Mk. Mit hin bleibt ein Kassenbestand von 1391,38 Mk. Mitglieder waren am Schluß des 4. Quartals 300 vorhanden. Die Jahresabrechnung weist auf: Einnahme 7009,23 Mk., Ausgabe 2002,83 Mk., an die Hauptkasse gefandt 3614,25 Mk. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Offenbach a. M. In der gutbesuchten Jahresversammlung vom 7. Januar erhob Kollege Karole Einspruch gegen den Beschluß der letzten Mitgliederversammlung, wonach der Herr Grämann in den Verband nicht wieder aufgenommen werden darf. Seinem Antrage, diesen Beschluß aufzuheben, stimmte die Versammlung zu. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Gesamteinnahme von 1083,76 Mk. An den Hauptvorstand wurden gefandt 709,07 Mk. Die Ausgaben der Filiale betrugen 348,76 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 627,84 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 182 auf 211. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: B. Schmecher, Vorsitzender; B. Fengel, Kassierer; J. Kemmer, Schriftführer.

Reichenhall. Nach einem Beschluß des Magistrats wurde dem Stadtbaumeister Ruchreiter die Ein- und Ausstellung sowie die Regelung der Wünsche und Beschwerden der städtischen Arbeiter übertragen. Wenn die Arbeiter nun allerdings dem Magistrat nicht besonders viel soziales Verständnis und Entgegenkommen für ihre Wünsche zutrauen, was am besten durch die Vertagung der Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter bis zum Januar 1912 ersichtlich ist, so muß aber doch gegen den genannten Beschluß entschieden protestiert werden. Denn ein objektives Beurteilen von Beschwerden und Klagen der Arbeiter ist bei dem Stadtbaumeister völlig ausgeschlossen. „Wenn nicht pakt, der fliegt hinaus und kommen andere herein!“ ist eine seiner gangbarsten Redensarten. Entlassung gibt es bei den geringsten Anlässen wie folgende zwei Fälle beweisen: Der Straßenarbeiter St. wurde entlassen, weil er einer Denunziation zufolge einem anderen Arbeiter nicht beim Karrenschieben behilflich gewesen sein sollte. Dieser Arbeiter hatte nahezu eine vierjährige Dienstzeit. Ein anderer Arbeiter mit dreijähriger Dienstzeit wurde ebenfalls entlassen, weil er einem Ansuchen des Wäckermeisters Knoll zufolge zwei Schießlatzen Straßentot in dessen Hof fuhr. Dabei wollen wir nicht vergessen, den Straßenwärter Kramer zu nennen, der diesen Arbeiter, der nebenbei bemerkt invalide ist und auch noch einen alten gebrechlichen Vater zu ernähren hat, in der unqualifizierbaren Weise beschimpfte und anbrüllte. Ja man hatte sogar Schuppleute gebraucht, um dem tranken Mann das Werkzeug abzunehmen. Auf Vorstellung dieserhalb beim Stadtbaumeister sagte dieser: „Er soll machen, daß er weiter komme, sonst werfe er ihn die Stiege hinunter.“ Auch der Bürgermeister hatte bloß leere Ausreden für diesen Fall, indem er meinte: „Er soll nur zum Stadtbaumeister gehen, der ihn dann schon einstellt, wenn Arbeit vorhanden ist.“ Arbeit ist vorhanden. Und im übrigen wird der Magistrat, wenn er Arbeiter, die nicht in Reichenhall heimatsberechtigt sind, beschäftigt, auch für die beiden zu unrecht entlassenen Arbeiter ebenfalls noch Arbeit haben. Wegen des direkt unqualifizierbaren Vorgehens des Stadtbaumeisters den städtischen Arbeitern gegenüber legen wir aber entschieden Verwahrung ein, und erwarten, daß der Magistrat diesem Vorgehen bessere Manieren beibringt und außerdem die beiden Arbeiter wieder einstellt.

Traunstein. Wenn die Arbeiter ihre Lohngefuche selbst einreichen würden, so würde ich für die Durchführbarkeit derselben eintreten.“ So sagte der Bürgermeister von Traunstein zu den Arbeitern. Aus diesen Worten geht ja allerdings hervor, daß der Herr Bürgermeister kein besonderer Freund unserer Organisation ist. Wie aber die Durchführbarkeit solcher Lohngefuche in der Praxis aussieht, sei hier kurz erörtert. Die Gasarbeiter suchten um Festsetzung eines Lohnes von 3 Mk. für die Tagelöhner und 3,20 Mk. für die Ofenhausarbeiter nach, was in Anbetracht ihrer 13stündigen Arbeitszeit doch nicht als unverschämte bezeichnet werden kann. Des weiteren ersuchten zwei Straßenwärter neben einer bescheidenen Lohnerhöhung um eine 10prozentige Zulage, wenn sie infolge der weiten Entfernung ihrer Arbeitsstelle mittags nicht zum Essen nach Hause gehen können. Die beiden Gesuche wurden einstimmig von beiden städtischen Kollegen abgelehnt mit der Begründung, daß die gesamten Löhne der städtischen Arbeiter erst im vorigen Jahre einer gründlichen Regelung unterzogen und, soweit „nötig“, angemessen erhöht wurden. Auch sei eine wesentliche

Veränderung in den Lebensverhältnissen nicht eingetreten. Allerdings wurde im vorigen Jahre eine Neuregelung der Lohnverhältnisse geschaffen, indem man vom Tagelohn zum Stundenlohn herunterging, was für viele Arbeiter eine ganz bedeutende Verschlechterung brachte und außerdem auch von besonderem sozialen Verständnis der Stadtväter zeugt. Und es will was heißen, mit einem Lohn von 3 Mk. und weniger in einem Fremdenort wie Traunstein eine Familie zu ernähren. Aber wenn die Arbeiter eine Erhöhung ihrer miserablen Löhne anstreben, so müssen die Sandgebühren erhöht werden, denn die Aufbesserung mache 7000 Mk. aus usw., wenn gleich nicht einmal die Hälfte dieser Summe nötig ist. Aber das sind eben die bewußten Ausreden, die behalten müssen, um vor den großen Summen, die für Lohnaufbesserung der Arbeiter notwendig sind, die Bevölkerung bzw. die Stadtväter gruselig zu machen. Auch wenn ein Arbeiter persönlich zum Bürgermeister geht, um eine Verbesserung seiner Verhältnisse anzustreben, denn ein Arbeiterausschuß ist ja „nicht notwendig“, so zieht dieser den Stadtbaumeister bei, um dessen Rat zu hören, der aber meistens keine Notwendigkeit einsieht, diese „Beitellei“ zu befürworten. Die städtischen Arbeiter Traunsteins können hieraus die nötige Anwendung ziehen. Und nur durch Beitritt und Ausdauer in der Organisation und durch den Stimmzett bei der kommunalen Gemeindevahl kann hier Besserung erzielt werden.

Zittau. Die Filiale hielt am 6. Januar (Hohes Neujahr) ihre Generalversammlung ab. In großen Strichen zeichnete Kollege Preißler ein Bild der wichtigsten Vorgänge des verflossenen Jahres, woraus sich ergebe, daß auch im neuen Jahre unermüdet an der Lösung unserer Aufgaben gearbeitet werden müsse. Hieraus gab der Kassierer die Abrechnung zunächst für das 4. Quartal und sodann die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des ganzen Jahres. Es ergibt sich, daß die Filiale eine Jahreseinnahme von 2424,60 Mk., eine Ausgabe von 1894,17 Mk. hatte, so daß am Schluß ein Bestand von 530,43 Mk. verbleibt. Mitglieder sind am Jahreschluß 100 vorhanden. Nach der Summe der im Laufe des Jahres verlaufenen Marken (4747) entfällt im Durchschnitt auf das Mitglied 47,5 Beitrag, oder 91 vollzahlende Mitglieder. Die Wahlen zum Filialvorstand gingen nicht ganz glatt vonstatten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Weberlein, zum 1. Kassierer Kollege Enge wiedergewählt. Nach Erledigung mehrerer Fragen lokaler Natur erfolgte Schluß der Versammlung.

• Rundschau •

Das Urteil von Moabit. So ist nun endlich das erste Kapitel der Moabiter Tragikomödie zu Ende. Nach nahezu 50tägiger Verhandlung ist das Urteil von der Strafkammer gesprochen. Die Tagespresse hat ausführlich dazu Stellung genommen und wir wollen deshalb nur noch feststellen, daß die mit dem Prozeß beabsichtigte Aktion gegen die Gewerkschaften völlig verpufft ist. Auf der Anklagebank hat von Beginn bis Ende des Prozesses die Berliner „Schuh“mannschaft gesessen und sie ist auch die Verurteilte, wenn man unbefangenen das Fazit aus den Verhandlungen zieht. Hart und aufreißend genug ist zwar das Urteil der Lieberkammer gegen die Angeklagten. So hat z. B. Niedemann 1½ Jahre Gefängnis erhalten, obwohl das Gericht ausdrücklich anerkannte, daß er nichts getan, weder geschimpft noch geworfen hat. Aber er war in der Menge und ist bereits wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Dieser „Landfriedensbruch“ bestand darin, daß er beim Besuch des Königs Eduard von England von einem schmerzgeschwunden Omnibus ein Fährden herunterstieß. Im Falle Bod, der dem Säbel der Schuppleute das Messer entgegenstieß, ging das Gericht sogar um ein volles Jahr über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus. Den Gastwirt Bilz auf der anderen Seite mußte das Gericht in der Hauptsache freisprechen, und nur wegen Ueberschreitung der Gewerbeordnung diffamierte man ihn drei Monate Gefängnis zu, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Von den 34 Angeklagten sind 3 freigesprochen worden, 3 erhielten Geldstrafen, die anderen etwa die Hälfte der vom Staatsanwalt beantragten Gefängnisstrafen. Zu den mit Geldstrafen Bedachten gehört ein Gelber und der Kunstmalers Weidemann, der Sohn eines Berliner Schuhmannes, der 5 Mk. an das Berliner Polizeipräsidium als Beitrag zur Berliner Schuhmannsasse zahlen sollte, nun aber 40 Mk. bezahlen muß! Uns dünkt, 15 Mk. war die Aufbedung solcher famosen Maximen schon wert! Und nun noch ein Wörlein zu den Moabiter Polizeitalen. Selbst das Gericht hat in seiner Begründung des Urteils anerkannt: „Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe der Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung, daß Mißgriffe und Ueberrgriffe der Polizeibeamten in größerer Zahl vorgekommen sind. Besonders sind vielfach grundlose Verleumdungen und Beschimpfungen von Beamten verübt worden.“ Was ein solches Urteil in Preußen sagen will, kann nur der voll würdigen, der das Sand-in-Hand-arbeiten von Polizei und Gericht kennt. In erster Linie ist die völlige Aufdeckung der Polizeieinfamien zweifelsohne dem energischen Auftreten der Verteidiger zu verdanken. Rechtsanwält Seine hatte sozusagen die Rettung des Prozesses in der Hand,

troß Lieber, dem viel berühmten Vorstehenden. Und auch die anderen Verteidiger, Heinemann, Cohn, Rosenfeld, Liebtnecht usw., leisteten Großartiges. Die glänzenden Plaidoyers haben zweifellos ohne ihre Wirkung nicht verfehlt. Als Probe möchten wir hier nur die knappen und treffenden Sätze Heinemanns wiedergeben: „Die einzige Ware, die der Arbeiter zu verkaufen hat, ist seine Arbeitskraft. Diese ist an seine Person gebunden. Er müßte seine Arbeitskraft verkaufen zu jeder Bedingung, die der Unternehmer vorschreibt und wäre gar nicht in der Lage, bessere Arbeitsverhältnisse zu erreichen, wenn er nicht das Solidaritätsgefühl mit den Mitgliedern seiner Klasse hätte und betätigte. Nur durch die Koalition ist der Arbeiter in der Lage, seine Arbeitskraft zu besseren Bedingungen zu verkaufen. Das ist der Grund, daß sich das Solidaritätsgefühl in der Arbeiterklasse so stark entwickelt hat.“ — Das zweite Kapitel „Noahs“ wird gegenwärtig beim Schwurgericht verhandelt. Es zeigt sich bereits das ähnliche Bild: die Polizei steht am Pranger! Es wird noch Gelegenheit sein, das ganze gebührend zu würdigen.

Emma Ihrer f. Am 8. Januar starb nach mehrwöchigem schweren Krankenlager Emma Ihrer im Alter von 54 Jahren. Genossin Ihrer stand in den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung mit in den ersten Reihen derer, die in Wort und Schrift unablässig für die Aufklärung und Organisation des weiblichen Proletariats tätig waren. Ungezählte Versammlungen hat sie in allen Teilen Deutschlands abgehalten und ihre Schrift „Die Arbeiterin im Klassenkampf“ fand weitest Verbreitung. In den letzten Jahren war sie Vorsitzende des Verbandes der Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und Arbeiterinnen, als dessen Vertreterin sie noch am Kopenhagener Internationalen Kongress teilnahm.

Der 2. Deutsche Seimarbeiterkongress tagte am 12. Januar in Berlin. Nach einer warmherzigen Ansprache des Vorsitzenden Professor E. Franke, hielt Professor Dr. Wilbrandt das Hauptreferat, dem folgende Thesen zugrunde lagen: 1. Der Deutsche Seimarbeiterkongress begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, das dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegt, den ersten Vorstoß eines gesetzlichen Seimarbeiterbeschutzes, für den auch das Arbeitslammengesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstagskommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzentwürfe erhalten bleiben, beim Hausarbeitsgesetz die obligatorischen Lohnzettel und Lohnbücher, beim Arbeitslammengesetz die Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die die Seimarbeiter ihrer besten Vertreter beraubt sind. 2. Der Seimarbeiterkongress erinnert an die Seimarbeitsausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse in Deutschland, ja weit über dessen Grenzen hinaus den Eindruck erschütternd niedriger Bezahlung der Seimarbeiter hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Hausarbeitsgesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und persönlicher Willkür, der Ausbeutung der Notlage, der Unkenntnis und des sozialen Rechtsmissbrauchs preisgegeben. 3. Der Seimarbeiterkongress erklärt übereinstimmend mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Seimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Seimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen, zur Ueberarbeit und gesundheitschädlicher Arbeitszeit zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikarbeitern nachgebildeten Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst und machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen des niedrigen Lohnes. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung bessere Bezahlung, die den Seimarbeiter tragfähig für die Anforderungen des Gesetzes macht, verlangt werden. 4. Diese Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hatte bereits zu dankenswerten Beschlüssen im Reichstag geführt, so unter anderem dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören soll, „in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern“. Für hilfsbedürftige Industriezweige jedoch müssen außerdem durch den Bundesrat oder durch die Landeszentralbehörden Einrichtungen geschaffen werden mit der Befugnis, durch gewählte Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter unter unparteiischem Vorsitz Tarife ausarbeiten zu lassen, die dann rechtsverbindlich und in ihrer Durchführung staatlich gesichert sind. 5. Nur dann, wenn die hier vorliegende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erringen und durchzuführen, wird der anständige Unternehmer von der Schmutzkonkurrenz der Seimarbeit, von dem verhängnisvollen Lohndruck befreit, nur dann wird dem hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz wirksamer Seimarbeiterbeschutzes auf der Basis des Gesetzes errichtet sein. 6. Aus dieser Hauptforderung erneuert der Seimarbeiterkongress die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Seimarbeiter und zwar: für das Seimarbeitsgesetz Auserlegung der allgemeinen Registrierpflicht, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Durchführung eines

sanitären Schutzes, Beschränkung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle, Abföhrung der Uebergangsvorschriften, allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischer Aushang von Lohnzetteln, Entschädigung für unverschuldete Zeitversäumnisse beimholen oder Bringen von Arbeit; für das Arbeitslammengesetz Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Seimarbeit oder Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, und für die Reichsversicherungsordnung Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Seimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für sämtliche übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung. — Der Deutsche Seimarbeiterkongress gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann und erwartet deshalb vom Bundesrat und Reichstag, daß diese Resolution bei der Beratung über die Beschlüsse volle Berücksichtigung findet. — Nach einer trefflichen Begründung durch den Referenten und fast einmütiger Zustimmung durch die Diskussionsredner wurde die obige Resolution mit folgendem Zusatz einstimmig angenommen: „Und daß die auf die Seimarbeiter bezüglichen Gesetze unter allen Umständen noch in dieser Session des Reichstages verabschiedet werden.“ — Mit Dankesworten schloß hierauf Professor Franke den Kongress.

Die Margariner vergiftungen der letzten Zeit haben tiefen Industrieschaden zugefügt. In Goch und Elbe mußten beispielsweise die Margarinefabriken bereits Feiertagschließen einlegen. Die wütendsten Feinde dieses Produktes, die Agrarier, haben ja wiederholt versucht, die Margarineindustrie lahmzulegen. Bald verlangten sie, daß dieses Nahrungsmittel blaue Farbe erhalte, damit es dem Konsumenten verfehlt werde, dann wieder, daß es in besonderen Läden, von anderen Waren getrennt, verkauft werde. Mit diesen Plänen sind sie allerdings nicht durchgedrungen. Das bestehende Gesetz verlangt nur den ominösen roten Strich um die Gefäße. Trotz alledem ist die Margarineproduktion gewachsen. Nach der Betriebszählung von 1907 zählte Deutschland bereits 115 Margarinefabriken mit 4700 Arbeitern. Selbst aus dem Lande steigt der Margarinekonsum fortgesetzt. Die Herren Geschäftsführer, die gegen den „Ostalg“, wie sie die Margarine nennen, ankämpfen, beziehen diese tonnenweise und speisen damit ihr Gefinde, weil sie die eigene Butter viel teurer verkaufen können, als ihnen die Margarine kostet. Aus gleichen Gründen verkaufen auch die Bauern viel lieber ihre Milch, als daraus Butter zu bereiten und nähren sich von Margarine. Diesen Aufstieg verdankt die Margarineindustrie lediglich der agrarischen Zollgesetzgebung. Deutschland ist nicht imstande, den eigenen Bedarf an Butter zu produzieren und ist auf die Einfuhr angewiesen. Die Zollgesetzgebung belastet aber die Butter mit 20 Mk. pro 100 Kilogramm. Auch die allgemeine Lebensmittelverwertung blieb nicht ohne Wirkung auf den Butterpreis. Dieser stieg infolgedessen von 214 Mk. im Jahre 1895 auf 240 Mk. im Jahre 1909 pro 100 Kilogramm. Die große Volksmasse greift deshalb zu der billigen Margarine. Einen vollaufgelassenen Ersatz für Butter verschafft dieses Surrogat freilich bei weitem nicht. Es ergibt sich daher im Volksinteresse in erster Linie die Forderung auf Aufhebung des Butterzölles, um eine Verbilligung zu erzielen. Andererseits müßte aber auch von Gesetzes wegen den Margarinefabrikanten besser auf die Finger gesehen werden, damit sie mit ihren Panscherien nicht wahre Vergiftungs-epidemien hervorrufen.

Wer hat die größten Vorteile von der Krankenversicherung? Gelegentlich der Kämpfe zwischen den Ärzten und den Krankenkassen in den letzten Jahren ist von den Vertretern der letzteren oft gesagt worden, die Entwicklung dürfte doch nicht dahin gehen, daß die Krankenkassen hauptsächlich für die Ärzte da sind. Ueberstieht man die Verichte der Krankenkassen, so findet man jetzt schon eine große Anzahl von Krankenkassen, bei denen die Ärzte mehr an Donator bekommen haben als die Mitglieder an Krankengeldern. So wurden im Jahre 1909 ausgezahlt:

Dtsch. Krankenkassen in	Arzt-honorar Mk.	Kranken-gelder Mk.	Dtsch. Krankenkassen in	Arzt-honorar Mk.	Kranken-gelder Mk.
Bernburg	12 854	9 001	Kreuzfeld	10 843	9 061
Cöln (Bäder)	21 408	16 618	Nadebnul	29 218	27 016
Laage	2 151	2 058	Schwerin	24 951	24 534
Lüdenscheid			Seimar	50 086	56 378
(Fabrikarb.)	68 340	65 230			

Das Verzeichnis könnte noch erheblich erweitert werden. Abgesehen von diesen Kassen, wo eine Handvoll von Ärzten weit mehr Bezüge aus der Krankenkasse hat als die große Zahl der erwerbsunfähigen Kranken (wohl bald die Mehrzahl), bei denen die Ausgaben für Arzt und Arznei die Ausgaben an Krankengeld übersteigen. Wer hat nun die größten Vorteile von der Krankenversicherung?

Die Zusammensetzung der Fabrikarbeiterschaft nach Alter und Geschlecht. In der Zusammensetzung der Arbeiterschaft der Fabriken findet nach Alter und Geschlecht eine fortwährende Veränderung statt. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter nimmt relativ ab, während die der erwachsenen weiblichen Arbeiter, noch mehr aber die der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und der Kinder unter 14 Jahren eine Zunahme zeigen. Nach einer

Zusammenstellung im „Reichsarbeitsblatt“ hat die Zahl der den verschiedenen Kategorien angehörigen Arbeiter sich vom Jahre 1902 bis 1909 in folgender Weise entwickelt:

	1902	1909	Zunahme %
Arbeiter überhaupt	4 849 108	6 209 225	28
Erwachsene männliche Arbeiter	3 664 641	4 580 899	24
Arbeiterinnen über 16 Jahre	880 087	1 190 241	38
Jugendl. Arbeiter (14—16 Jahre)	3 816 903	446 540	41
Kinder über 14 Jahre	9 077	11 545	43

Die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter hat sich anderthalbfach so rasch wie die der männlichen vermehrt, während die der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Knaben und Mädchen unter 14 Jahren sogar um 41 resp. 43 Proz. gestiegen ist. In diesen Verschiebungen spiegelt sich deutlich der immer härter werdende Kampf ums Dasein wider.

Dem Verdienste keine Krone!

Der Leutnant.
Wo ich erglänze mit meinen Mäulen,
Dort ist ein graulich Strafgericht;
Herrlich war es anzuschauen,
Als gegen Greise, Krüppel, Frauen
Die Sturmkolonne ich geführt.
Ich habe mörderisch gehauen,
Der Böbel hat es wohl gespürt —
Der Wochen später vor Gericht
Entkam ich mich des Vorgangs nicht.
Für alles dies ist mir geworden
Als Lohn der Rote Adlerorden.

Ein Kind, das aus der Haustür trat,
Lautlos erlag es meinen Streichen!
Doch seine Stützen ehrt der Staat:
Ich tragt' für diese Heldentat
Und ein ge and're ihresgleichen
Das Allgemeine Ehrenzeichen!

Reide.

In den Prozeßverhandlungen
Sag' es beinahe uns an den Stragen,
Es hielt der Rechtsanwält' Chor
Uns taktlos alle Sünden vor.
Und selbst im besten Publikum
Nahm man uns unsre Taten trumm.
Doch jetzt ward plötzlich alles stumm.
Im Kreis der Rödgler und der Tabler!
Nun hat die liebe Seele Ruh!
Das Ehrenzeichen und der Adler
Deckt alle, alle Bösen zu.

Rehmann im „Wahren Jafot“.

Der Schuttmann.
Da, wie sie rennen, wie sie leuchten!
Noch sehr ich den blutigen Pfad!
Was unsre Klempe sonst erreichen,
Das häßlichen wir zu Spinat;
Und ob man meinte, ob man hat —
Rein Flehen konnte uns erweichen:

Verbandsteil

Für unser Hauptbureau suchen wir zum sofortigen Antritt einen

Gewerkschafts-Sekretär.

Derselbe muß die Befähigung für einen solchen Posten bereits besitzen, schriftgewandt sein und auch agitatorisch wirken können. Bewerber, die bereits in ähnlicher Stellung waren, erhalten den Vorzug. Jahresgehalt 2400—2800 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. Frühere Dienstzeit in einer Arbeiterorganisation kommt eventuell zur Anrechnung.

Außerdem suchen wir zum baldigen Antritt

2 Hilfsarbeiter

für das Verbandsbureau. Dieselben müssen rednerisch befähigt sein, da spätere Verwendung als Gauleiter in Betracht kommt. Der offiziellen Anstellung geht eine Probezeit von einem Vierteljahr voraus. Die Anstellung erfolgt mit einem Gehalt von 2200 Mk., steigend bis zu 2400 Mk. Nach Befähigung und Verwendung als Gauleiter beträgt das Gehalt 2400—2800 Mk., steigend jährlich um 100 Mk.

Bewerbungen unter Beifügung des Lebenslaufes, Angaben über Organisationszugehörigkeit und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis 1. Februar an den Verbandsvorstand, Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24, einzureichen. Eine Abhandlung über die Tätigkeit eines besoldeten Verbandsfunktionärs ist beizufügen.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Wie verhält man die Uebertragung der Lungentuberkulose? Unter diesem Titel ist in der Verlagsanstalt Emil Abt, Wiesbaden 35, eine Aufklärungsschrift des Arztes Dr. med. Kurein, aus dem weitbekannten Lungentumor-Kreis, erschienen. Preis 1 Mk., geb. 1.40 Mk. (Porto 10 Pf.). Wie der Verfasser schreibt, sterben allein in Preußen alljährlich circa 100 000 Menschen an der Lungentuberkulose, Millionen in der ganzen Welt. Ein bekannter Züricher Universitätsprofessor weist sogar an Hand eingehender Untersuchungen nach, daß heute bereits die Mehrzahl der Menschen eine von Tuberkulose angegriffene Lunge aufweist, also angesteckt ist. In vielen Fällen hilft sich die Natur selbst, in der Mehrzahl aber fordert diese Zeuche frühzeitig ihr Opfer. Die Hunderttausende von Kranken und ihre Ärzte, vor allem aber jeder noch Gesunde sollten diese Schrift lesen, um für sich die Uebertragung der Lungentuberkulose verhüten zu helfen.

„Grundbegriffe der Politik“. Von Friedrich Stampfer. Verlag der „Kunstischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. K. Mann, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24. Druck: Bornhöft Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 39.

Preis geb. 3 Mk. Auch in 10 Lieferungen à 25 Pf. zu beziehen. Dem eigenartigen Ruche ist die Aufgabe gestellt, über die Grundbegriffe der Politik zu orientieren. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, die Grundlage der Politik darzustellen, sein Ziel geht über diesen Zweck hinaus, man kann das Buch als eine kurzgefaßte Geschichte der Politik überhaupt bezeichnen. Der belebende Inhalt ist mit historischen Daten ausgestattet, die auch dem erfahrenen Politiker wertvoll sein werden. Was ist Politik? Auf diese Frage antwortet Stampfer: „Politik ist vor allem Tätigkeit. Bloßes Wissen von politischen Gegenständen ist noch nicht Politik. Wissenschaftliche Politik ist Anwendung des politischen Wissens zum Zweck, Umsetzung von ruhender Kraft in bewegte. Wo kein Wille, ist auch keine Politik.“

Totenliste des Verbandes.

Johann Walner, München

Strassenbauarbeiter
† 5. 1. 1911, 55 Jahre alt.

Karl Erkel, Kiel

† 6. 1. 1911, 48 Jahre alt.

Georg Schreyer, München

† 7. 1. 1911, 45 Jahre alt.

Julius Penkuhn, Berlin

Kanalisation
† 11. 1. 1911, 40 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Filiale Chemnitz.

Freitag, den 27. Januar 1911

Winter-Vergnügen

im Ballhaus „Adler“, Leipziger Straße. — Bestehend in Ball und verschiedenen anderen Belustigungen.

Eintritt für männliche Personen 50 Pf. — Damen frei.

Anfang 8 Uhr.

Ende 11 Uhr

Karten sind bei den Unterlassierten zu haben.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen

Das Komitee.

Filiale Hannover.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Partei- und Gewerkschaftshaus „Solidarität“ mit Herberge eröffnet ist. Dasselbe befindet sich Nikolaisstr. 7.

Die Auszahlung der Sozialunterstützung für durchreisende arbeitslose Kollegen findet von jetzt ab in der Herberge des Gewerkschaftshauses, Odenstraße, statt. Die Kollegen erhalten gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches 1 Mark in bar, außerdem Schlaf- und Badefarte.

Der Filialvorstand.

Filiale Karlsruhe.

Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr;
im Verbandslokal „Zur Kronenhalle“:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Beratung der eingelaufenen Anträge;
2. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1910;
3. Neuwahl des Filialvorstandes und der Revisoren.

Kollegen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung erwartet pünktliches und vollständiges Erscheinen

Der Vorstand.

Nur Mitglieder haben Zutritt und gilt das Verbandsbuch als Legitimation.

Filiale Nürnberg.

Sonntag, den 29. Januar, im Bürgeraal, Steinbühl,
mittags Punkt 1 Uhr

Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.